

POLIZEI REPORT

G 6825

ISSN 2197-2273

Nr. 164 · März 2026



Schutz der kritischen
Infrastruktur

Es ist 5 vor 12

Linksextremismus

Reform

Gewalt

Für die Polizei Hessen
Interessen – Sicherheit – Würde

Projektgruppen P 25 und S 25

Personalmangel

Tarifverhandlungen
2026

Ständige Überlastung

Hohe Inflation

TV-H
Hessen

Gerechte
verfassungsmäßige
Besoldung

Liebe Kolleginnen und Kollegen.

Wir begrüßen euch ganz herzlich im Jahr 2026 und hoffen, dass ihr gut, gesund und mit Zuversicht in dieses neue Jahr gestartet seid.

Ein Jahresanfang ist immer auch ein Moment des Innehaltens: Was liegt hinter uns, was kommt auf uns zu – und wie wollen wir den gemeinsamen Weg gestalten? Für uns als Gewerkschaft der Polizei steht dabei eines unverändert im Mittelpunkt:

Die Interessen, die Sicherheit und die Würde der Beschäftigten in der Polizei.

Diese erste Ausgabe des Jahres greift genau diesen Gedanken auf.

Den Auftakt macht ein persönlicher Rückblick unseres Landesvorsitzenden, der nicht nur Bilanz zieht, sondern auch den Blick nach vorn richtet.

Er zeigt, wo wir als GdP Hessen stehen, was wir erreicht haben und welche Aufgaben uns weiterhin fordern werden.

Ein zentrales sicherheitspolitisches Thema dieser Ausgabe ist der Schutz kritischer Infrastruktur und die zunehmende besorgniserregende Bedeutung des Linksextremismus.

Die Bedrohungslagen werden komplexer, die Vorkommnisse in kürzeren Abständen und die Anforderungen an die Polizei steigen – und damit auch die Verantwortung der Politik, für klare rechtliche Rahmenbedingungen, ausreichende Ressourcen und eine realistische Lagebewertung zu sorgen.

Ganz konkret wird es bei den hessischen Tarifverhandlungen 2026. Steigende Lebenshaltungskosten, hohe Arbeitsbelastung und zunehmender Personalmangel machen deutlich:

Es geht um mehr als Zahlen – es geht um Anerkennung, Attraktivität des öffentlichen Dienstes und um die Zukunftsfähigkeit der Polizei in Hessen.

Möglicherweise gibt es beim Lesen dieser Zeilen bereits konkrete Ergebnisse oder auch eine Einigung.

Mit kritischem Blick befassen wir uns zudem mit der aktuellen erneuten Umorganisation bei der hessischen Polizei. Reformen dürfen kein Selbstzweck sein. Sie müssen den Kolleginnen und Kollegen im Alltag helfen, Abläufe verbessern und Sicherheit erhöhen – nicht zusätzliche Belastungen schaffen.

Ein besonderer Anlass zum Feiern und zur Reflexion ist das 75-jährige Bestehen der GdP Hessen. Dieses Jubiläum steht für Jahrzehnte engagierter Interessenvertre-

POLIZEI REPORT

Nachrichten – Informationen – Meinungen

| | |
|---|----|
| Neujahr 2026 – ein ganz persönlicher Rückblick | 5 |
| Versteckte Gefahr oder offene Bedrohung? | 6 |
| Die hessischen Tarifverhandlungen 2026 | 9 |
| Reorganisation als Reflex – ein Dauerexperiment | 10 |
| GdP – es lohnt sich, genauer hinzuschauen | 12 |
| Tarifseminar für Mitglieder der GdP | 13 |
| Besoldung und Tarif – GdP bei Minister Poseck | 13 |
| Wenn der Dienstanfall abgelehnt wird ... | 14 |
| Transparenz mit gefährlichen Nebenwirkungen | 15 |
| Gleiche Straße – ungleiche Regeln | 17 |
| Staatsimpf immun – die Hochleistungsimpfung | 19 |
| Waffenverbotszonen-Training Stadtpolizei | 21 |
| Mehr geht immer – ein Demotivationsworkshop | 22 |
| Balli geht von Bord, Pensionierung vor der Tür | 23 |
| Delegiertenkonferenz der Bezirksgruppe Westhessen | 24 |
| Landesfachausschuss Kriminalpolizei tagte | 25 |
| Westhessen #immerda – ein Rückblick | 27 |
| Mit Zuversicht und Engagement ins Jahr 2026 | 28 |
| Von einem Abschied, Neubeginn und Popcorn | 29 |
| Engagement und Erfolg erzeugen Nachfrage | 31 |
| Aus den Kreisgruppen Limburg, Hochtaunus, Main-Taunus | 32 |
| Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Wiesbaden | 35 |
| Berichte, Bingo und Bescherung in Wiesbaden | 38 |
| Jahreshauptversammlung in der KG Mudra | 39 |
| GdP-Mitglieder können jetzt Steuern sparen | 39 |
| Die Kriminalpolizei als Verlierer bei P 25? | 41 |
| GdP begrüßt Demokratiepaten beim PP Mittelhessen | 42 |

Inhalt

Titel: Wittig/Kl-gen.

terung, für Solidarität über Generationen hinweg und für eine starke Stimme der Beschäftigten. Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft unserer Gewerkschaft greifen hier ineinander.

Ebenso kritisch beleuchten wir die Gefährlichkeit parlamentarischer Anfragen, wenn die Antworten sensible Informationen preisgeben und möglicherweise ungefiltert an Gegner unserer Demokratie weitergegeben werden (können).

Parlamentarische Transparenz ist wichtig – der Schutz der Gesellschaft und unserer Bürgerinnen und Bürger jedoch ebenso.

Abgerundet wird diese Ausgabe durch Berichte von Delegiertentagen aus den

Regionen, durch Verabschiedungen und Ehrungen, sowie durch viele Beiträge aus der Arbeit unserer Seniorinnen und Senioren und der jungen Mitglieder. Sie alle zeigen, wie vielfältig, lebendig und generationenübergreifend unsere hessische GdP ist.

Wir laden euch herzlich ein, diese Ausgabe aufmerksam zu lesen, mitzudenken und mitzudiskutieren.

Denn nur gemeinsam können und wollen wir die Herausforderungen dieses Jahres annehmen und die Zukunft der Polizei aktiv mitgestalten.

Mit kollegialen Grüßen und den besten Wünschen für ein gutes Jahr 2026. ■

Die Redaktion

NEUJAHR 2026 – EIN GANZ PERSÖNLICHER RÜCKBLICK

EINE RÜCKSCHAU VOLLER DANKBARKEIT UND EIN ENTSCLOSSENER BLICK VORAN

Ein neuer Jahresanfang trägt immer ein Versprechen in sich: Aufbruch. Veränderung. Zuversicht. Für mich fühlt sich dieser Moment anders an als all die Jahre zuvor. Intensiver. Ehrlicher. Vielleicht auch verletzlicher. Fünf Jahre bin ich nun Landesvorsitzender – fünf Jahre, in denen ich viel gelernt habe: über Politik, über Macht, über Widerstand. Aber vor allem über Menschen. Über Kolleginnen und Kollegen, die täglich Verantwortung tragen, oft über ihre Belastungsgrenze hinaus. Und über mich selbst.



Ich habe dieses Amt nicht übernommen, um zu verwalten oder es allen recht zu machen. Ich habe es übernommen, um Haltung zu zeigen. Und ich habe schnell verstanden: Haltung kostet – Schlaf. Kraft. Manchmal auch Leichtigkeit.

Wenn ich zurückblicke, ziehe ich keine Bilanz. Ich empfinde Dankbarkeit.

Dankbarkeit für jede ehrliche Kritik, für jedes offene Wort, für jedes Lächeln auf dem Flur, an der Dienststelle, im Einsatz. Dankbarkeit auch für Konflikte – denn sie haben uns nicht geschwächt, sondern weiter geschärft und gestärkt.

Die hessische GdP ist stark. Und ja: darauf bin ich stolz.

Weil wir spürbar näher zusammengerückt sind. Weil diese Gewerkschaft Haltung hat. Eine Stimme. Rückgrat.

2025 hat Spuren hinterlassen. Tiefe.

Die getöteten Kolleginnen und Kollegen im Dienst haben uns aus dem Alltag gerissen. Brutal. Endgültig.

Die Bilder der Trauermärsche, der stillen Reihen, der Familien – sie lassen einen nicht los. Und trotzdem machen wir weiter. Müssen wir weitermachen. Genau das ist die Wahrheit unseres Berufs.

„Pass auf dich auf“ ist einer der Sätze, die ich am häufigsten gehört habe.

Ich höre ihn. Ich nehme ihn ernst. Aber ich sage auch: Wer Verantwortung trägt, lebt nicht risikofrei – weder im Einsatz noch in der Gewerkschaft. Ich bin Mohrherr. Und ich stehe mit meinem Namen für Entscheidungen, die nicht bequem sind.

2025 war auch politisch ein Jahr der Zuspitzung.

Innere Sicherheit wird zur Projektionsfläche. Sicherheit zur Schlagzeile. Polizei zum Symbol. Ich habe erlebt, wie schnell

einfache Antworten Applaus bekommen – und wie schwer es ist, differenziert zu bleiben. Genau deshalb ist unsere Rolle als GdP so entscheidend: nicht laut um jeden Preis, sondern klar. Erklärt. Standfest. Mit Haltung.

Wir erleben hybride Bedrohungen, Desinformation, digitale Radikalisierung. Ein moderner Verfassungsschutz ist keine Option – er ist notwendig.

Und ja: Ich habe erlebt, wie respektlos der Ton geworden ist. Von außen. Und vielfach leider auch von innen. Das benenne ich. Ohne Relativierung.

Verantwortung macht Angst. Punkt.

Wer etwas anderes behauptet, lügt – oder trägt sie nicht wirklich. Aber Angst darf nicht lähmen. Sie darf uns sensibel machen. Wach. Menschlich.

Ich habe diese Gewerkschaft nicht als fertiges Projekt übernommen. Sie ist ein lebendiges System. Ein Schiff, das nur fährt, weil viele Schultern es tragen. Und ich bin kein Kapitän auf der Brücke. Ich bin Teil der Mannschaft.

Die Vereinbarkeit von Familie, Dienst und Engagement ist kein Randthema. Sie ist die Realität vieler Kolleginnen und Kollegen – und auch meine. Wer darüber nicht spricht, macht Politik an der Lebenswirklichkeit vorbei.

Unsere Gewerkschaft lebt – durch die Menschen.

Durch die, die nachts Gespräche führen, Konflikte moderieren, Kaffee bringen, zuhören, wenn niemand hinsieht.

Durch Ehrenamtliche, die nicht fragen, ob es sich lohnt – sondern ob es gebraucht wird. Dieses Netz trägt. Mich. Dich. Uns.

2026 wird kein leichtes Jahr. Aber es ist ein Jahr voller Möglichkeiten.

Wir werden Weichen stellen müssen:

- für Arbeitszeitmodelle, die schützen statt verbrennen,
- für Fortbildung im Dienst, nicht auf Kosten der Freizeit,
- für faire Besoldung und echte Perspektiven, besonders in den unteren Bereichen,
- für eine Polizei, die technisch mithält und menschlich bleibt,
- für klare Kante gegen Extremismus – egal von wo,
- für eine Sicherheitsarchitektur, die auf Zusammenarbeit setzt,
- und für eine Gewerkschaft, die ihre Mitglieder nicht verwaltet, sondern befähigt.

Ich verspreche nichts, was ich nicht halten kann.

Aber eines verspreche ich: Ich werde unbequem bleiben. Klar bleiben. Mich vor unsere Kolleginnen und Kollegen stellen – auch dann, wenn der Gegenwind immer stärker wird.

Ich schreibe diese Zeilen nicht nur als Landesvorsitzender, sondern als Mensch.

Als jemand, der an die Demokratie glaubt. An diese Gewerkschaft. An die Menschen darin.

Mein Wunsch für 2026 ist einfach – und groß zugleich:

- Dass wir nicht nur reagieren, sondern gestalten.
- Dass wir uns nicht verlieren, sondern füreinander einstehen.
- Und dass wir den Mut haben, Dinge zu verändern – auch wenn sie noch unfertig sind.

Mut ist kein Gefühl.

Mut ist eine Entscheidung.

Lasst uns diese Entscheidung gemeinsam treffen. ■

Jens Mohrherr

VERSTECKTE GEFAHR ODER OFFENE BEDROHUNG?

EXTREMISMUS VS. KRITISCHE INFRASTRUKTUR ALS WACHSENDE HERAUSFORDERUNG

Deutschland erlebt seit mehreren Jahren eine Phase permanenter Krisen. Die Corona-Pandemie war dabei kein isoliertes Ereignis, sondern ein Beschleuniger gesellschaftlicher Entwicklungen. Die Auswirkungen trafen die Bevölkerung höchst unterschiedlich: Familien stärker als Singles, ältere Menschen anders als jüngere, bestimmte Berufsgruppen existenziell, andere kaum spürbar. Home-schooling, Kontaktbeschränkungen und der Wegfall sozialer Ausgleichsräume stellten für viele Bürgerinnen und Bürger eine enorme Belastung dar – nicht nur organisatorisch, sondern auch psychisch.



Wittig/Kl-gen.

Solche extremen Ausnahmesituationen wirken wie ein Brennglas. Sie verstärken soziale Spannungen, fördern Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen, den politischen Entscheidungsträgern und schaffen ein Klima, in dem Radikalisierung gedeihen kann.

Dabei sind es nicht allein lautstarke Demonstrationen oder offen extremistische Gruppierungen, die Sicherheitsbehörden und insbesondere unsere Kolleginnen und Kollegen beschäftigen. Weitaußer gefährlicher sind häufig jene Entwicklungen, die sich im Verborgenen vollziehen.

Eine Radikalisierung jenseits der breiten Öffentlichkeit

An offen auftretende Verschwörungstheoretiker, Reichsbürger oder ideologische Wortführer hat sich die Öffentlichkeit offensichtlich fast schon gewöhnt.

Diese Akteure sind sichtbar, analysierbar und grundsätzlich beobachtbar. Unsere Staatsschutzdienststellen und die Verfassungsschutzbehörden leisten hier tagtäglich intensive Arbeit. Und unter den gegebenen rechtlichen Möglichkeiten wahrlich kein Kinderspiel.

Doch die eigentliche Herausforderung liegt zunehmend bei jenen Personen, die nicht offen in Erscheinung treten, sich nicht organisieren und dennoch hochgradig gefährlich sind.

Radikalisierung findet heute oft isoliert statt – in digitalen Echokammern, über Messenger-Dienste, Foren, oder sozialen Netzwerken.

Ideologische Grenzen verschwimmen dabei zunehmend. Verschwörungsglauben, Staatsablehnung und Gewaltfantasien bilden eine toxische Mischung, die sich

situativ mit rechten wie linken Extremisten verbinden kann.

Gerade Einzeltäter oder Kleinstgruppen ohne erkennbare Führungsstrukturen entziehen sich klassischen Beobachtungsmustern. Sie handeln spontan, emotional aufgeladen und ohne Rücksicht auf Konsequenzen – was sie daher unberechenbar und besonders gefährlich macht.

Extremismus hat viele Gesichter

Seit Jahren hören wir sie, die Schreie und die Hilferufe im Umgang mit dem Rechtsextremismus und der „Radikalisierung politischer Gruppierungen“.

Politik hat sich darauf eingeschossen. Kein Tag vergeht, an dem nicht über schärfere Regulierung durch Gesetze, neue Überwachungsprozedere, bis hin zu Verbotverfahren für Vereine und Parteien gerufen wird.

Oft sind diese Schreie jedoch ein Beleg von eigener Unfähigkeit oder fehlendem politischen Willen, den Phänomenen gemeinsam zu begegnen. Alleingänge oder die Wiederholung von Forderungen ohne Taten folgen zu lassen, helfen hier wenig.

Der Rechtsextremismus stellt in der Tat weiterhin eine erhebliche Bedrohung für den Rechtsstaat dar. Waffenfunde, paramilitärische Vorbereitungen, sogenannte „Tag-X“-Szenarien und eine zunehmende Enthemmung der Sprache sind alarmierende Zeichen.

Immer wieder zeigt sich, dass einzelne Akteure über ein erhebliches, auch verbales rechtes Gewaltpotenzial verfügen und bereit sind, dieses auch einzusetzen.

Reichen die parteiideologisch geprägten Handlungsandrohungen aber aus? Gibt es mehr Gegner als Befürworter?

Linksextremismus links liegen gelassen

Über die Jahre war es aus aktuellen Anlässen der vergangenen Monate mehr als fahrlässig, andere extremistische Phänomenbereiche auszublenden.

Insbesondere der linksextremistische Bereich zeigt seit Jahren eine zunehmende Bereitschaft zur Gewalt – insbesondere gegen staatliche Einrichtungen, Unternehmen, politische Gegner und Sicherheitsbehörden.

Die linke Szene ist nie eingeschlafen und hat es taktisch klug geschafft, aus dem vermeintlich Verborgenen wieder an die Öffentlichkeit zu treten. Mit teils extremer Gewalt und ohne Rücksicht auf unsere Werte.

Während rechte Täter häufig auf symbolträchtige Anschläge gegen Menschen zielen, setzt der militante Linksextremismus verstärkt auf Sabotage, Brandstiftung und gezielte Angriffe auf die kritische Infrastruktur.

Beide Formen des Extremismus verfolgen letztlich dasselbe Ziel: die Delegitimierung des Staates und die Untergrabung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Angriff auf das Nervensystem des Staates und seiner Einrichtungen

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz im Januar 2026 markiert in dieser Entwicklung eine neue Qualität.

Er machte deutlich, wie verwundbar moderne Gesellschaften sind – und wie groß die Auswirkungen eines vergleichsweise „leisen“ Anschlags sein können.

Stundenlange Stromausfälle legten ganze Stadtteile lahm, Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen mussten auf

Notstrom umschalten, Verkehrssysteme kamen teilweise zum Stillstand, Kommunikationsnetze waren eingeschränkt.

Solche Angriffe zielen nicht auf unmittelbare Opferzahlen, sondern auf Verunsicherung, Kontrollverlust und Vertrauensschäden. Kritische Infrastruktur ist das Nervensystem unseres Staates.

Energieversorgung, Wasser, Telekommunikation, Verkehr, Gesundheitswesen und IT-Strukturen sind hochgradig vernetzt – und damit zugleich auch anfällig.

Extremistische Akteure wissen das. Sabotage an Infrastruktur erfordert oft weniger logistischen Aufwand als klassische Anschläge, erzeugt aber eine enorme gesellschaftliche Wirkung.

Sind wir unvorbereitet oder überfordert

Ich erinnere mich einige Jahre zurück, als die hessische Polizei sich landesweit mit genau diesen Themen befasste.

In allen Präsidien wurden selbständige Arbeitsgruppen gegründet, die unter der Koordinierung des Landespolizeipräsidiums standen. AG Kritis, so deren Name.

Viele Menschen haben sich nicht nur Gedanken gemacht, sondern kluge Konzepte erarbeitet, wie wir uns auf einen Ernstfall vorbereiten müssen und im Extremfall darauf reagieren.

Was ist daraus geworden? Hatten wir einen solchen Ereignisfall noch nicht, was möglicherweise ein präventiver Erfolg wäre, und wie lange dauert der Friede an?

Unsere Kolleginnen und Kollegen sind die ersten, die im Ereignisfall gefordert sind, das hat der Sabotageakt in Berlin verdeutlicht. Aber sind sie auch bis in die Tiefe der Dienststellen auf der Straße darauf vorbereitet und wissen, was zu tun ist, ohne dass das große Chaos ausbricht?

Welchen Gefahren sind wir ausgesetzt?

Die Bedrohungslage für den Rechtsstaat ist komplex und dynamisch:

- Sabotageakte gegen kritische Infrastruktur
- Hybridbedrohungen, bei denen politische Extremisten mit organisierter Kriminalität kooperieren
- Radikalisierung im digitalen Raum, oft ohne reale soziale Korrekturen
- Psychisch instabile Einzeltäter, die in Krisenlagen eskalieren
- Gezielte Angriffe auf Einsatzkräfte, um die staatliche Autorität zu untergraben

Diese Gefahren treffen auf eine Polizei, die bereits jetzt an vielen Stellen in Hessen und auch anderen Bundesländern an ihren Belastungsgrenzen arbeitet – personell, technisch und mental.

Wie lange halten sie das aus?

Prävention statt Reaktion – aber nicht ohne Konsequenz

Anschläge wie in Berlin zeigen:

Reines Reagieren reicht nicht aus. Notwendig ist ein ganzheitlicher Sicherheitsansatz, der Prävention, Aufklärung und konsequentes Einschreiten verbindet.

Dazu gehören:

- Frühzeitige Radikalisierungsprävention, auch im digitalen Raum
- Konsequente Beobachtung aller extremistischen Bestrebungen, unabhängig von politischer Richtung
- Enger Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Gezielter Objektschutz und technische Sicherung sensibler Anlagen (extern)
- Klare gesetzliche Rahmenbedingungen und politische Rückendeckung für polizeiliches Handeln

Die Polizei ist dabei zentraler Akteur. Sie ist Frühwarnsystem, Interventionsinstanz und Garant staatlicher Handlungsfähigkeit. Diese Rolle kann sie jedoch nur erfüllen, wenn sie angemessen ausgestattet, personell verstärkt und gesellschaftlich unterstützt wird.

Sicherheit ist mit Sicherheit keine Selbstverständlichkeit

Der Schutz des Rechtsstaates ist keine Aufgabe allein der Sicherheitsbehörden. Eine demokratische Gesellschaft lebt vom Mitwirken ihrer Bürgerinnen und Bürger.

Aufmerksamkeit bedeutet nicht Denunziation. Nicht jede zugespitzte Meinungsäußerung ist extremistisch. Wenn jedoch offen Gewalt legitimiert, der Staat delegitimiert, oder die freiheitliche Grundordnung infrage gestellt wird, darf Schweigen keine Option sein.

Die Geschichte zeigt, wie schnell demokratische Strukturen unter Druck geraten können. Zeiten wie der „Deutsche Herbst“ dürfen sich nicht wiederholen. Zu hoch war der Preis an Menschenleben, zu tief die gesellschaftlichen Narben.

Extremismus – gleich welcher Couleur – und Angriffe auf unsere Infrastruktur sind reale Gefahren. Ihnen wirksam zu begegnen erfordert Wachsamkeit, Professionalität und eine starke Polizei.

Oder anders gesagt: Der Rechtsstaat ist wehrhaft – aber nur, wenn wir ihn auch verteidigen.

Fazit: Sicherheit braucht klare Entscheidungen

Die aktuellen Entwicklungen zeigen unmissverständlich: Die Bedrohung für unseren Rechtsstaat ist real, vielfältig und dynamisch. Extremismus von rechts wie von links, zunehmende Radikalisierung

im digitalen Raum sowie gezielte Angriffe auf kritische Infrastruktur stellen Staat und Gesellschaft vor Herausforderungen, die mit den Instrumenten von gestern nicht mehr zu bewältigen sind.

Der Anschlag auf das Berliner Stromnetz war kein isolierter Vorfall, sondern ein Warnsignal. Er hat offengelegt, wie verwundbar unsere hochvernetzte Gesellschaft ist – und wie groß die Auswirkungen selbst punktueller Sabotageakte sein können.

Die Polizei steht dabei an vorderster Front. Sie ist Frühwarnsystem, Schutzmacht und Krisenmanager zugleich. Doch diese Rolle kann sie nur dann wirksam ausfüllen, wenn politische Verantwortungsträger den Worten endlich Taten folgen lassen.

Sicherheit ist kein Selbstläufer und keine haushaltspolitische Verfügungsmasse. Wer den Schutz kritischer Infrastruktur, die Abwehr extremistischer Bedrohungen und die Handlungsfähigkeit des Rechtsstaates ernst nimmt, muss die Polizei entsprechend ausstatten. Die GdP fordert daher vehement:

- Eine nachhaltige personelle Stärkung der Polizei in allen Bereichen – insbesondere im Staatsschutz, in der Cybercrime-Bekämpfung und beim Objektschutz kritischer Infrastruktur
- Eine moderne technische Ausstattung, die den aktuellen Bedrohungslagen gerecht wird
- Klare rechtliche Befugnisse und eindeutige Zuständigkeiten, damit Prävention und Intervention nicht an formalen Hürden scheitern
- einen intensivierten Informationsaustausch zwischen Polizei, Nachrichtendiensten und Betreibern kritischer Infrastruktur
- Sowie eine politische und gesellschaftliche Rückendeckung.

Ebenso notwendig ist eine offene, ehrliche gesellschaftliche Debatte. Extremismus darf nicht relativiert oder selektiv betrachtet werden. Gewalt gegen den Staat, gegen Einsatzkräfte, oder gegen die Grundlagen unseres Zusammenlebens ist in keiner Form akzeptabel – unabhängig davon, aus welchem politischen Spektrum sie stammt.

Wir brauchen eine starke Polizei, klare politische Entscheidungen und eine Gesellschaft, die Sicherheit nicht erst dann einfordert, wenn sie bereits verloren zu gehen droht.

Die Zeit des Abwartens ist vorbei. Jetzt ist Handeln gefragt. ■

Peter Wittig

DIE HESSISCHEN TARIFVERHANDLUNGEN 2026

NOTWENDIGE SCHRITTE ZUR ANERKENNUNG DER POLIZEI- UND TARIFBESCHÄFTIGTEN

Im Februar 2026 begannen in Hessen die Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Angesichts der Herausforderungen der vergangenen Jahre und der teils unzureichenden Wertschätzung durch Politik und Arbeitgeber wird diese Tarifrunde zu einem entscheidenden Moment. Unter dem Credo „Wenn nicht JETZT, wann dann?“ fordert die hessische Gewerkschaft der Polizei (GdP) eine deutliche Verbesserung der Arbeits- und Einkommensbedingungen. Doch was genau steckt hinter diesen Forderungen, und warum sind sie so wichtig?

Herausforderungen der letzten Jahre

Die letzten Jahre waren für die Polizei und andere Bereiche des öffentlichen Dienstes in Hessen äußerst belastend.

Die ständigen Überstunden, fehlende Personalressourcen und die zunehmende Gewalt gegen Polizeibeschäftigte haben das Arbeitsumfeld zunehmend erschwert. Diese Probleme sind nicht nur temporär, sondern zeichnen sich durch strukturelle Mängel im System aus, die bisher nicht ausreichend adressiert wurden.

Eines der gravierendsten Probleme ist die hohe Zahl unbezahlter Überstunden. Sie sind nicht nur ein persönlicher Stressfaktor für die Betroffenen, sondern wirken sich auch auf die Qualität der Arbeit aus, da die ständige Mehrarbeit auf Dauer nicht tragbar ist. Zudem fehlt es an gezielten Maßnahmen zur Personalgewinnung und -bindung. Die hohe Personalfluktuation und die unzureichenden Fort- und Weiterbildungsangebote verstärken das Gefühl der Überlastung und mangelnden Wertschätzung.

Der fehlende (Freizeit)Ausgleich für die geleistete Mehrarbeit, die strukturellen Mängel bei der Personalplanung und die fortlaufenden Sparmaßnahmen im Haushalt haben das Vertrauen in die Arbeitgeberseite und die Politik stark belastet.

Die Forderungen, die die GdP in diesem Jahr aufstellt, sind daher nicht nur eine Reaktion hierauf, sondern ein Aufruf zu einer grundlegenden Neuausrichtung der Arbeitsbedingungen.

Die politischen und finanziellen Rahmenbedingungen

Ein zentrales Thema der Tarifrunde 2026 ist die Frage der finanziellen Mittel.



Wittig/Kl-gen.

Die GdP weist darauf hin, dass es durchaus genug Geld im öffentlichen Haushalt gibt, um eine deutliche Entgelterhöhung für die Beschäftigten zu ermöglichen. Es geht nicht um das Fehlen von Mitteln, sondern um die politische Prioritätensetzung. „Geld ist vorhanden – es muss politisch richtig eingesetzt werden“, so ein zentrales Statement der Gewerkschaft.

Statt die Mittel für Wahlkampf oder Diäten zu verwenden, fordert die GdP eine gezielte Investition in die Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes.

Dies ist nicht nur eine Frage der fairen Entlohnung, sondern auch der sozialen Gerechtigkeit. In vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes, insbesondere in der Polizei, wird den Beschäftigten zwar eine hohe Verantwortung übertragen, doch die Anerkennung dieser Leistung bleibt oft auf der Strecke.

In den vergangenen Jahren wurden die Beschäftigten regelmäßig mit Belastungen konfrontiert, ohne dass eine entsprechende Entlohnung oder Wertschätzung durch die Arbeitgeberseite erfolgte.

Die zentralen Forderungen der GdP

Die GdP hat mehrere Kernforderungen **Spürbare Entgelterhöhungen:**

Zentrales Anliegen ist eine gerechte Entlohnung. Eine spürbare Entgelterhöhung zeigt die Wertschätzung der Arbeit. **Übernahme des Tarifergebnisses auf Beamte und Versorgungsempfänger:**

Eine zeit- und wirkungsgleiche Übernahme zeigt die Verbundenheit der verschiedenen Gruppen im öffentlichen Dienst. Die gesamte Belegschaft muss gleichermaßen profitieren.

Personalaufstockung und die Schaffung neuer Tarifstellen:

Insbesondere in der Polizei gibt es strukturelle Unterbesetzungen, die nur durch die Schaffung zusätzlicher Tarifstellen und gezielte Hebungen beseitigt werden können.

Faire Arbeitszeitregelungen und Anerkennung von Mehrarbeit:

Die Arbeitsbelastung der Beschäftigten muss verringert und gleichzeitig die Qualität der Arbeit gesichert werden.

Qualifizierung und Weiterbildung:

Fortbildung fördert nicht nur die persönliche und berufliche Entwicklung, sondern auch die Effizienz und Sicherheit im Dienst mit allen Facetten.

Schutz der Beschäftigten vor Gewalt:

Ein besorgniserregendes Phänomen. Die GdP fordert verstärkte Maßnahmen zum Schutz der Beschäftigten und zur Prävention von Gewalt am Arbeitsplatz.

Verlässliche Finanzierung:

Die finanziellen Mittel im öffentlichen Haushalt dienen nicht nur zur Deckung der Grundbedürfnisse, sondern auch zur Schaffung nachhaltiger Verbesserungen im Arbeitsumfeld der Beschäftigten.

Solidarität als Schlüssel zum Erfolg

Die Tarifrunde 2026 ist nicht nur eine Frage des Geldes, sondern auch der Anerkennung und des Respekts gegenüber den Menschen. Nur durch eine breite und starke Beteiligung der Beschäftigten kann Druck auf die Arbeitgeberseite ausgeübt werden. Wir rufen daher ALLE Mitglieder auf, sich aktiv in die Tarifrunde einzubringen; durch Demos, Warnstreiks und gegebenenfalls Streiks. Wir sind es wert! ■

Jens Mohrherr

REORGANISATION ALS REFLEX – EIN DAUEREXPERIMENT

Reorganisationen haben bei der Polizei inzwischen etwas Zyklisches. Kaum ist eine Struktur etabliert, kaum sind Abläufe eingespielt, folgt die nächste „Neuausrichtung“. P 25, S 25, die Überprüfung von Stäben, Z und Verwaltung – vieles davon ist nicht neu, sondern Teil eines sich wiederholenden Musters. Immer dann, wenn Probleme offenkundig werden und operative Defizite nicht mehr zu übersehen sind, wird die Organisation selbst zum Gegenstand der Lösung erklärt. Doch diese Logik greift auf den zweiten Blick zu kurz.

Symptome werden umgebaut – Ursachen bleiben bestehen

Die hessische Polizei steht ohne Zweifel vor realen Herausforderungen. Die Bedrohungslage wächst, Aufgaben werden komplexer, Erwartungen aus Politik und Gesellschaft steigen kontinuierlich.

Zusätzliche Stellen, etwa im Bereich der Bekämpfung von Kinderpornografie, bei häuslicher Gewalt, oder beim Schutz kritischer Infrastruktur sind notwendig und richtig. Aber sie waren – und das muss klar benannt werden – bei Weitem nicht ausreichend.

Der entscheidende Engpass bleibt bestehen: zu wenig Personal, zu hohe Belastung, unzureichende rechtliche und technische Rahmenbedingungen.

Diese Defizite lassen sich nicht durch Organigramme beheben. Wer versucht, strukturelle Unterfinanzierung und jahrelange Personalverdichtung durch Umorganisation zu kompensieren, verlagert das Problem – und verschärft es oft noch.

Belastungsgrenzen sind längst überschritten

Die Polizeibeschäftigten sind seit Jahren über ihrem Limit. Streifendienst, Ermittlungsgruppen, Kommissariate und Spezialdienststellen arbeiten unter einem permanenten Druck aus Überstunden, Personalausfällen und ständig neuen Aufgaben. Gleichzeitig wachsen Dokumentationspflichten, Berichtswesen und Abstimmungsbedarfe.

In dieser Lage weitere Effizienzsteigerungen zu fordern, bedeutet in der Praxis meist nur eines: noch mehr Belastung für dieselben Menschen. Produktivität lässt sich nicht endlos steigern, wenn die personelle Substanz fehlt. Irgendwann ist jede Belastungsgrenze erreicht – und vielerorts längst überschritten.



Führung wächst – die Basis wird weiter ausgedünnt

Besonders kritisch wird dies dort, wo Reorganisationen faktisch zu einer weiteren Ausweitung von Führungs- und Stabsstrukturen führen, während die eigentliche Polizeiarbeit auf der Straße und in den Ermittlungsdienststellen immer schwieriger wird.

Führung ist wichtig, Steuerung notwendig – aber sie ersetzt keine Einsatzkraft, keinen Ermittler, keine Sachbearbeiterin.

Wenn Reformen vor allem „von oben“ gedacht werden, droht eine Entkopplung von strategischer Planung und polizeilicher Realität. Dann entstehen Strukturen, die verwalten, koordinieren und berichten – während operative Einheiten weiter ausbluten.

Beteiligung ist notwendig – reicht aber bei Weitem nicht aus

Positiv ist festzuhalten: Die GdP bringt sich kritisch, konstruktiv und frühzeitig ein. Transparenz, Beteiligung der Personalräte, Schutz der Beschäftigten im Tarifbereich und klare Laufbahnperspektiven sind unverzichtbar. Dass die Projektverantwortlichen diese Prinzipien betonen und den Dialog suchen, ist richtig und notwendig.

Doch Beteiligung allein löst das Grundproblem nicht. Auch die bestbegleitete Reform bleibt wirkungslos, wenn sie auf einem Fundament aus Personalmangel und finanzieller Knappheit aufsetzt.

Sicherheit kostet – alles andere ist Selbsttäuschung

Der Hinweis auf die angespannte Haushaltslage ist realistisch. Aber Sicherheit darf nicht zur haushaltspolitischen Restgröße werden. Während für die äußere Sicherheit milliardenschwere Programme

aufgelegt werden, bleibt die innere Sicherheit chronisch unterfinanziert. Polizei, Justizvollzug und Verfassungsschutz brauchen vergleichbare Attraktivitäts- und Investitionsprogramme.

Innere und äußere Sicherheit gegeneinander auszuspielen, ist nicht nur politisch kurzsichtig – es ist gefährlich.

Wo liegen die Grenzen?

Die zentrale Frage lautet daher:

Was mutet man der Polizei noch zu? Wie viele Umstrukturierungen sollen Beschäftigte noch verkraften, während die eigentlichen Probleme ungelöst bleiben?

Wie lange sollen Beamtinnen, Beamte und Tarifbeschäftigte die Lücken füllen, die Politik und Haushaltsentscheidungen immer wieder reißen?

Eine nachhaltige Neuausrichtung der Polizei gelingt nicht durch permanente Umbauten, sondern nur durch:

- echte personelle Verstärkung,
- verlässliche, rechtsstaatliche Befugnisse,
- moderne Technik,
- verfassungskonforme Alimentation,
- und starke Tarifabschlüsse.

Alles andere bleibt Stückwerk.

Schlussgedanke

Reorganisation darf kein Ersatz für politische Verantwortung werden. Wer Sicherheit ernst meint, muss bereit sein, sie zu finanzieren – dauerhaft und ehrlich. Die Polizei kann nicht immer wieder neu erfunden werden, um alte Probleme zu kaschieren. Ihre Beschäftigten leisten bereits mehr, als man ihnen zumuten darf.

Die Grenze des Leistbaren ist erreicht. Jetzt braucht es nicht die nächste Strukturdebatte, sondern klare Entscheidungen zugunsten derer, die diesen Staat täglich schützen.

Peter Wittig

GdP – ES LOHNT SICH, GENAUER HINZUSCHAUEN!

75 JAHRE GEWERKSCHAFT DER POLIZEI – EINE BESONDERE ERFOLGSGESCHICHTE

Die GdP im Bund feierte im September 2025 ihr 75-jähriges Bestehen. Auch die GdP Hessen blickt auf 75 Jahre Erfolgsgeschichte zurück. Gegründet 1951 auf den Trümmern von Diktatur und Weltkrieg – in der Tradition der Weimarer Republik – war und ist unsere historische Prämisse klar: Demokratie schützen und Bürgerrechte wahren. Das Fundament einer bürgernahen Polizei bedeutet für uns, paramilitärische Strukturen ebenso wie die Übertragung polizeilicher Aufgaben an Dritte konsequent abzulehnen.



Bilder: GdP He.

Rechtsstaatlichkeit und Verhältnismäßigkeit sind der Maßstab unseres Handelns. Ein demokratisches Selbstverständnis schließt die klare Ablehnung extremistischer Tendenzen und Populismus ein. Der Schutz der Würde des Menschen gemäß Artikel 1 Grundgesetz ist und bleibt unsere Verpflichtung.

Seit 75 Jahren nehmen wir maßgeblichen Einfluss auf die Entwicklung einer zivilen, bürgernahen Polizei. Hessen war das erste Bundesland, das die zweigeteilte Laufbahn eingeführt hat – ein Modell, auf das viele andere Länder noch heute mit Neid blicken.

Den 75. Geburtstag der GdP Hessen feiern wir im Rahmen unseres Landesdelegiertentages vom 21. bis 23. April in Marburg.

Die GdP ist heute die weltweit größte Polizeigewerkschaft und genießt einen hohen Stellenwert in der Landespolitik. Nicht jede und jeder kann diese lange Geschichte im Detail nachvollziehen. Anlässlich des 50-jährigen Bestehens der GdP Hessen wurde daher eine Chronik veröffentlicht, die weiterhin abrufbar ist.

„Die Vergangenheit kann uns nicht sagen, was wir tun sollen, wohl aber, was wir lassen müssen.“ (José Ortega y Gasset)

Die GdP steht fest auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Dieses Bekenntnis ist auch Voraussetzung für den Dienst als Polizeibeamtin oder Polizeibeamter in Hessen. Entsprechend ist es in § 2 unserer Satzung klar verankert: wir lehnen undemokratische Bestrebungen jeder Art ab und treten aktiv für die Grund- und Menschenrechte ein. Unser Jubiläum fällt in eine politisch wie gesellschaftlich herausfordernde Zeit.

Fragen der inneren und äußeren Sicherheit, soziale Ungleichheit, neue Arbeitsformen und die Auseinandersetzung mit Rassismus prägen die Debatten. Polizistinnen und Polizisten sind Teil dieser Diskussion – mittendrin, nicht außen vor.

Demokratie braucht Mehrheiten und Vielfalt. In der GdP finden viele Stimmen Raum: Jugend, Frauen, Senior*innen, Vielfalt, Fachlichkeit, Tarif- und Beamtenbereich, Europa – wir sind die GdP.

Mit unserer Mitgliedschaft in der europäischen Gewerkschaftsvereinigung EU.Pol bekennen wir uns klar zur Europäischen Union. Bundesweit sind über 210.000 Kolleginnen und Kollegen in der GdP organisiert – in den Ländern ebenso wie bei BKA, Bundespolizei und Zoll.



Wir sind eine starke, verlässliche und durchsetzungsfähige Organisation – ansprechbar bis in die kleinsten Organisationseinheiten. Unsere gewerkschaftspolitischen Forderungen und unsere fachliche Expertise finden Gehör im Hessischen Landtag, bei Gesetzesvorhaben ebenso wie bei polizeifachlichen Fragestellungen.

Unsere Fachgremien wirken landes- und bundesweit, unser Netzwerk reicht weit über Deutschland hinaus. Hinzu kommt ein umfangreiches Leistungsangebot exklusiv für Mitglieder.

Als größte Polizeigewerkschaft in Hessen und Deutschland werden wir diesen Weg konsequent fortsetzen. Dafür braucht es Menschen, die sich mit unseren Zielen, unserer Satzung und unserem Handeln identifizieren – aus Überzeugung und aus Haltung.

„Wir sind nicht gut, weil wir groß sind – wir sind groß, weil wir gut sind.“

Stillstand ist keine Option. Beim 28. Landesdelegiertentag werden wir zu zentralen Themen wie Digitalisierung, Vielfalt, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Kommunikation und Vertrauensleutearbeit Position beziehen.

Auch die laufenden Projekte P 25 und S 25 bleiben im Fokus. Sie stellen die größte organisatorische Veränderung der hessischen Polizei seit Einführung der Polizeipräsidien 2001 dar und führen verständlicherweise zu Verunsicherung.

Als Personalvertretungen setzen wir daher von Beginn an auf Transparenz, Dialog und Beteiligung.

Die nächsten Höhepunkte sind die Tarifverhandlungen in Hessen, beginnend am 27. Februar in Wiesbaden. Hier setzen wir auf eure Solidarität und eure aktive Unterstützung.

Zum Abschluss danke ich allen, die in den vergangenen 75 Jahren Teil der GdP-Familie waren und sind:

- Danke an alle Kolleginnen und Kollegen für ihren täglichen Einsatz für die Sicherheit,
- Danke an alle Mitglieder für ihre Unterstützung,
- Anerkennung für das Engagement der Ehren- und Hauptamtlichen,
- Danke an die Bürgerinnen und Bürger für ihr Vertrauen in die Polizei.

Jens Mohrherr

TARIFSEMINAR FÜR MITGLIEDER DER GdP

Am 21. Januar veranstaltete die GdP Hessen ein Tarifseminar zum Thema Stellenbeschreibung und Stellenbewertung. Ziel der Fachveranstaltung war es, den Teilnehmenden innerhalb von fünf Stunden die Grundlagen des Tarifrechts sowie insbesondere die für Tarifbeschäftigte zentrale und sehr schwierige Thematik der Stellenbeschreibung, Stellenbewertung und der daraus resultierenden korrekten Eingruppierung nach dem TV-H näherzubringen.



Am 21.01.2026 fanden sich auch im neuen Jahr wieder einmal zahlreiche Mitglieder des Landesbezirks Hessen der GdP zu einem von der in Vielzahl angebotenen Seminaren ein.

Hierbei fand als Jahresaufgangsveranstaltung unter Leitung des sachkundigen Referenten, Herrn Armin Gossel, das sogenannte „Tarifseminar“ im zentral von Hessen gelegenen MAXI-Autohof in Mücke statt.

Dieser bot den im Gros von (fast) allen Polizeibehörden angereisten Beschäftigten und auch den vereinzelt teilnehmenden Beamten einen – insbesondere auch kulinarisch – angemessenen Rahmen im

Rittersaal für die komplexe Materie des Tarifs für Hessen, dem „TV-H“. Dem einzigen eigenen Vertrag in Deutschland.

Bereits nach einigen Minuten ließ sich von Seiten des geeigneten Seminarteilnehmers unschwer konstatieren, dass mit Herrn Gossel nicht nur ein namhafter Referent, sondern auch ein ausgewiesener Kenner und Spezialist des Tarifrechts gewonnen werden konnte.

Sachlich souverän und bei der Vermittlung von Wissensinhalten geschickt führte er durch das Tarifseminar.

Von der inhaltlichen Gliederung des TV-L, über die Tarifautomatik und weiteren Grundsätzlichkeiten, bis hin zur Bespre-

chung der hessischen Entgeltordnung, wurden die Themen akribisch erarbeitet.

Ein reger Austausch unter den Teilnehmern fand statt. Aufkeimende Fragen beantwortete Herr Gossel rechtssicher als auch treffend.

Unter dem Gesichtspunkt, dass auch in den nächsten Wochen wieder im Hessenland die Verhandlungen um den einschlägigen Tarif aufgenommen werden, kam das Seminar zur rechten Zeit, um nochmal die anwesenden Gewerkschafter, Personalräte, Beschäftigten und Beamte zu ertüchtigen, zu sensibilisieren und jenen die nötige Sachkunde mit an die Hand zu geben.

Trotz komplexer Rechtsmaterie war es ein informatives und kurzweiliges Seminar.

Zum Schluss der Veranstaltung zeigten sich alle Anwesenden einig, nämlich darin, dass es ein lohnendes Tarifseminar ihrer GdP gewesen war, bei dem ein Jeder etwas mitnehmen konnte.

So bleibt schließlich zu hoffen, dass das Tarifseminar sein „Revival“ spätestens wieder vor den übernächsten, hessischen Tarifverhandlungen erlebt.

Christian Störkel

Bild: GdP

BESOLDUNG UND TARIF – GdP BEI MINISTER POSECK

Michael Rudolph (DGB-Chef HE-Thüringen), Natalie Jopen (ver.di-Vorsitzende Hessen), Thilo Hartmann (GEW-Vorsitzender Hessen) und der Vorsitzende der GdP-Hessen, Jens Mohrherr, folgten der Einladung von Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck am 22. Januar 2026 ins Hessische Innenministerium. Auf der Agenda standen im zentralen Fokus die verfassungswidrige Besoldung und die in Kürze beginnenden Tarifverhandlungen für den TV-H 2026.

Minister Poseck stellte fest, dass die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 19. November 2025 zur Beamtenbesoldung in Berlin eine neue, in dieser Form nicht vorhersehbare verfassungsrechtliche Grundlage darstellt.

Diese entfaltet Bindungswirkung für alle Bundesländer und begründet damit einen unmittelbaren Handlungsauftrag auch für das Land Hessen. Die Anwendung dieser Entscheidung auf die hessi-

sche Besoldungsstruktur ist hochkomplex. Wir sprechen über einen Betrachtungszeitraum von nahezu zehn Jahren, über eine Vielzahl unterschiedlicher Fallkonstellationen und über anspruchsvolle verfassungsrechtliche Berechnungsmodelle.

Diese Berechnungen laufen aktuell noch. Somit hat erste Priorität die Herstellung einer verfassungskonformen Besoldung mit Wirkung ab diesem Jahr.

Berücksichtigungsfaktoren sind das Tarifergebnis zum TV-H 2026:

Es wird im Rahmen der Tarifverhandlungen in Hessen ein Tarifergebnis erwartet, das in geeigneter Weise auf die Besoldung übertragen werden soll.

Ziel ist eine Besoldungsstruktur, die den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts vollumfänglich entspricht. Das wird finanzielle Mittel erfordern und die müssen bereitgestellt werden.

Verfassungskonformität darf nicht an der Haushaltslage scheitern. Die gesetzliche Umsetzung wird nach Abschluss der



Tarifverhandlungen erfolgen und ausdrücklich an den verfassungsrechtlichen Maßstäben des Bundesverfassungsgerichts ausgerichtet sein. Es ist vorgesehen, dies über einen fraktionsgetragenen Gesetzentwurf umzusetzen.

Minister Poseck betonte, dass die Landesregierung eine erhebliche Herausforderung für die Vergangenheit in diesem Zusammenhang hat. Hessen hat jährlich Verjährungsverzichte erklärt.

Es besteht erheblicher Regelungsbedarf, und es ist davon auszugehen, dass Nachzahlungen erforderlich werden. Hier sind Umfang und genaue Dimension derzeit noch nicht absehbar.

Ziel ist es, bis Sommer 2026 die Besoldung mit Wirkung für die Zukunft abschließend zu regeln. Es gibt keine Zusage für rückwirkende Auszahlungen im Jahr 2026. Realistisch sind entsprechende Maßnahmen frühestens ab den Haushaltsjahren 2027 oder 2028, gegebenenfalls in mehreren Tranchen.

Der Ansatz ist klar: Zunächst die verfassungskonforme Besoldung für die Zukunft herstellen – und danach strukturiert die Vergangenheit regeln.

Die Spitzenorganisationen, einschließlich des dbb, haben die gleichen Informationen erhalten.

Wir bleiben weiter im Gespräch, denn es geht um ein Thema von erheblicher Tragweite – und auch um Vertrauen.

Zugesagt ist, dass Gespräche zwischen Tarifabschluss und Gesetzgebungsverfahren mit transparenter Darstellung der Eckpunkte und Berechnungsgrundlagen (inkl. Präsentation) stattfinden.

Die Einbringung des Gesetzentwurfs soll im 2. Quartal 2026 (möglicherweise als Fraktionsgesetz) eingebracht werden. Weitere Gespräche mit dem Finanzminister und innerhalb der Koalition stehen noch aus.

Die finanzielle Gesamtwirkung ist derzeit noch nicht abschließend quantifizierbar. Die haushaltspolitische Lage ist schwierig. Eine deutlich bessere wirtschaftliche Lage ist aktuell nicht absehbar. Gleichzeitig gilt:

Verfassungsrechtliche Vorgaben stehen nicht unter einem Haushaltsvorbehalt.

Es besteht die Hoffnung auf weniger Spardruck ab 2027 – das wird für die Rückwirkung eine Rolle spielen. Abschließender Grundsatz:

Wir bewegen uns hier nicht in Symbolpolitik, sondern in verfassungsrechtlich gebotener Umsetzung.

Das ist rechtlich zwingend, politisch anspruchsvoll und finanziell herausfordernd, aber auch unvermeidbar.

Ziel ist eine verfassungskonforme Besoldung in einem Schritt für die Zukunft und eine strukturierte, rechtssichere Regelung für die Vergangenheit.

Über Jahre hat die Landesregierung das Thema „Verfassungswidrigkeit“ schlichtweg ignoriert. Zeit, zu handeln!

Jens Mohrherr

WENN DER DIENSTUNFALL ABGELEHNT WIRD...

... UND DIE GdP MIT UNTERSTÜTZUNG DES RECHTSSCHUTZES DEN RÜCKEN FREI HÄLT

Ein Widerstand im Dienst, ein schmerzender Daumen – und am Ende ein langer Weg, bis das Offensichtliche anerkannt wird: ein Dienstunfall. Ein Kollege berichtet, was passieren kann, wenn zwischen Ereignis und ärztlicher Erstuntersuchung Zeit vergeht – und warum gewerkschaftlicher Rechtsschutz in solchen Fällen Gold wert ist.

Im Januar 2024 verletzte sich der Kollege bei einem Widerstand am rechten Daumen. Die Schmerzen meldete er unmittelbar in der Dienststelle: zunächst dem direkten Vorgesetzten, im nächsten Dienst auch der Dienststellenleitung.

Schwellung und Rötung dokumentierte er zusätzlich mit Fotos. Weil er hoffte, die Verletzung würde von selbst ausheilen – und auch aus Sorge vor dem bekannten Problem der Vorkasse bei Behandlungskosten – ging er zunächst nicht zum Arzt.

Er versah mehrere Wochen Innendienst und schonte den Daumen. Erst nach neun Wochen ließ er die Beschwerden ärztlich abklären und reichte anschließend Diagnose und Dienstunfallanzeige ein.

Dann kam der Rückschlag:

Das zuständige RP lehnte ab. Begründung sinngemäß: Die Kausalität könne wegen des Zeitverzugs nicht mehr bewiesen werden, theoretisch könne die Verletzung auch später entstanden sein. Für

den Kollegen fühlte sich das wie ein indirekter Betrugsverdacht an – und vor allem wie das Gegenteil von Wertschätzung für Menschen, die im Einsatz die körperlichen Risiken tragen.

Er wandte sich an die GdP. Nach kurzer Rücksprache erhielt er zeitnah und unkompliziert Rechtsschutz. Auch die Zusammenarbeit mit der empfohlenen Rechtsanwältin beschreibt er als sehr professionell.

Im Oktober 2025 fand die Verhandlung vor dem Verwaltungsgericht Frankfurt am Main statt.

Mitte November 2025 kam die Entscheidung: Der Dienstunfall wurde anerkannt, ebenso die eingereichte Diagnose.

Binnen weniger Tage wurden dem Kollegen die vorgestreckten Behandlungskosten in Höhe von rund 650 Euro erstattet, der Anerkennungsbescheid folgte.

Besonders hängen blieb dem Kollegen eine Aussage aus dem Gerichtssaal:

Die RichterIn habe deutlich gemacht, dass sie solche Fälle immer wieder erlebe – und dass fehlende Wertschätzung Menschen sogar dazu bringen, den Dienst zu quittieren.

Dazu passte ein Satz der Gegenseite aus der Verhandlung, der beim betroffenen Kollegen nur Kopfschütteln auslöste: Es habe „ja nur ein passiver Widerstand“ vorgelegen.



Wittig/Ki-gen.

Für die Betroffenen fühlt sich „nur“ allerdings häufig ganz anders an.

Dieser Fall zeigt zwei Dinge sehr klar:

1. Unfallereignis sofort melden – und ärztlich so früh wie möglich dokumentieren lassen. Gerade bei scheinbar „kleinen“ Verletzungen kann die Beweislage sonst zum Problem werden.
2. GdP-Mitgliedschaft heißt Rückendeckung. Wenn die Anerkennung verweigert wird, lassen wir niemanden alleine – rechtlich, organisatorisch und vor allem menschlich.

Wenn ihr Fragen zur Dienstunfallfürsorge, zur Dokumentation oder zum Vorgehen habt: Meldet euch bei eurer GdP vor Ort.

Redaktion

TRANSPARENZ MIT GEFÄHRLICHEN NEBENWIRKUNGEN

WENN PARLAMENTARISCHE ANFRAGEN ZUR SICHERHEITSFRAGE WERDEN KÖNNEN

Parlamentarische Anfragen sind ein zentrales Instrument demokratischer Kontrolle. Sie sollen Regierungen zur Rechenschaft ziehen, Transparenz herstellen und Machtmissbrauch verhindern. Gerade Oppositionsparteien greifen zu diesem Mittel – zu Recht. Doch wie bei jedem Instrument gilt auch hier: Der Zweck heiligt nicht automatisch jedes Maß. Die in einer Analyse des Spiegel veröffentlichten Daten, wonach die AfD seit 2020 mehrere tausend sicherheitsrelevante Anfragen in deutschen Landtagen gestellt hat, wirft deshalb eine unbequeme, aber notwendige Frage auf: Wo endet legitime Kontrolle – und wo beginnt ein sicherheitspolitisches Risiko? Thüringens Innenminister warf der AfD vor, an Informationen im Sinne Russlands gelangen zu wollen. Die SPIEGEL-Analyse* zeigt: Die Partei reichte seit 2020 gut 7000 sicherheitsrelevante Anfragen ein.



Wittig/Kl-gen.

Wenn Wissen zur Schwachstelle wird

Viele der abgefragten Themen – Energieversorgung, militärische Logistik, medizinische Kapazitäten, Katastrophenschutz oder kritische Infrastruktur – gehören zu den sensibelsten Bereichen staatlichen Handelns.

Informationen über Standorte, Abläufe, Engpässe oder Redundanzen mögen für sich genommen harmlos erscheinen. In der Summe jedoch können sie ein präzises Lagebild ergeben – genau das, was Sicherheitsbehörden normalerweise mühsam zu verhindern versuchen.

Das Problem liegt weniger in einer einzelnen Anfrage, sondern in der systematischen, massenhaften Erhebung sicherheitsrelevanter Daten. Wenn solche Informationen öffentlich beantwortet, archiviert und abrufbar sind, stellt sich zwangsläufig die Frage:

Wer liest mit? Und zu welchem Zweck?

Der blinde Fleck in der parlamentarischen Praxis

Parlamente arbeiten nach dem Grundsatz der Öffentlichkeit. Antworten auf „Kleine Anfragen“ werden veröffentlicht – unabhängig davon, wer sie später nutzt. Genau hier entsteht eine sicherheitspolitische Grauzone:

Es gibt bislang keine verlässliche Kontrolle, wohin diese Informationen nach ihrer Veröffentlichung gelangen, wie sie ausgewertet werden, oder wer sie miteinander verknüpft.

Dabei spielt es zunächst keine Rolle, ob Informationen an ausländische Nachrichtendienste, extremistische Netzwerke oder andere Akteure mit destruktiven Absichten gelangen.

Entscheidend dabei jedoch ist:

Der Staat verliert die Hoheit über sensibles Wissen, sobald es öffentlich zugänglich gemacht wurde.

Extremismus kennt keine politische Richtung

Die Diskussion darf natürlich nicht auf eine einzelne Partei, eine Person oder ein einzelnes politisches Lager verengt werden. Die Gefahr entsteht nicht nur dann, wenn Informationen von ausländischen Akteuren missbraucht werden, sondern ebenso, wenn sie in die Hände linksextremer, rechtsextremer oder anderer gewaltbereiter Gruppen gelangen.

Auch diese Akteure analysieren staatliche Schwachstellen, Infrastrukturabhängigkeiten und Einsatzmuster. So, wie vermutlich auch im Berliner Anschlag Anfang Januar 2026.

Kritische Infrastruktur ist nicht nur militärisch relevant – sie ist ein potenzielles Ziel für Sabotage, Blockade oder Destabilisierung. Wer unbeabsichtigt zur Kartierung dieser Schwachstellen beiträgt, bewegt sich auf sehr dünnem Eis, unabhängig von dessen Motivation oder politischem Selbstverständnis.

Demokratie braucht Transparenz – aber auch Schutzmechanismen

Niemand fordert die Abschaffung parlamentarischer Anfragen. Aber es ist legitim zu fragen, ob das bestehende System den veränderten sicherheitspolitischen Realitäten noch gerecht wird.

In einer Zeit hybrider Bedrohungen, digitaler Auswertung und gezielter Informationssteuerung braucht Transparenz klare Grenzen.

Denkbar wären:

- Strengere Prüfungen und Bewertung von sicherheitsrelevanten Fragen
- Differenzierte Antworten, bei Sicherheitsbedenken nicht-öffentliche Beantwortungen
- Eine stärkere Rolle der Sicherheitsbehörden bei der Bewertung von Veröffentlichungsrisiken.

Fazit

Demokratische und parlamentarische Kontrolle der Regierungen darf kein Einfallstor für sicherheitspolitische Verwundbarkeit werden.

Transparenz ist ein hohes Gut – aber sie darf nicht naiv sein. Ein Staat, der jede sicherheitsrelevante Information offenlegt, ohne zu prüfen, wer daraus welches Wissen gewinnt, riskiert mehr als politische Debatten.

Er riskiert seine eigene Resilienz.

Die Frage ist daher nicht, ob parlamentarische Anfragen legitim sind – sondern wie viel Offenheit sich ein Staat leisten kann, ohne sich selbst zu schwächen.

In einer Zeit, in der Informationen nicht mehr isoliert betrachtet, sondern systematisch gesammelt, digital verknüpft und strategisch ausgewertet werden können, verliert die klassische Unterscheidung zwischen „harmloser Auskunft“ und „geheimer Information“ zunehmend an Trennschärfe. Was früher Fragment war, kann heute Baustein eines vollständigen Lagebildes sein – abrufbar für jeden, der danach sucht, gleich aus welchem politischen, extremistischen oder ausländischen Kontext heraus.

Ein wehrhafter Rechtsstaat muss deshalb den Mut haben, seine eigenen Verfahren kritisch zu überprüfen – nicht um Opposition zu beschneiden, sondern um Schaden abzuwenden, bevor er entsteht.

Die entscheidende Frage ist, ob der Staat ausreichend sicherstellt, dass demokratische Instrumente nicht unbeabsichtigt zu Werkzeugen werden, die seine eigene Sicherheit untergraben.

Eine Demokratie, die sich schützen will, muss genau hier beginnen: bei der Verantwortung für das Wissen, das sie preisgibt. ■

Peter Wittig

* aus DER SPIEGEL 48/2025 und Spiegel online v. 20.11.2025, 16.34 Uhr / Lukas Eberle, Patrick Stotz

GLEICHE STRASSE – UNGLEICHE REGELN

WARUM FAHRRÄDER NICHT LÄNGER IM RECHTSFREIEN RAUM UNTERWEGS SEIN SOLLTEN

Wenn es um Polizeiarbeit geht, habe ich eine sehr große, persönliche Passion, der ich interessanterweise jedoch nur in der polizeilichen Theorie und fast schon privat fröne: der Straßenverkehr und seine Akteure. Da mir offensichtlich die privaten und dienstlichen Fahrten nicht ausreichen, um mich aktiv diesem Thema zu widmen, folge ich einer Vielzahl an Dashcam-Kanälen. Für mich sind diese Formate so etwas wie das Trash-TV des Privatfernsehens, weil ich mich ohne eigenes Risiko an den wahnsinnigen Manövern und unvorstellbaren Dummheiten fragwürdiger Personen ergötzen kann. Dabei ist die existenzielle Grundlage dieser Kanäle die Kombination aus allgegenwärtigem Voyeurismus und der sehr traurigen Entwicklung, dass viele Verkehrsteilnehmer das Gefühl haben, sich aktiv vor anderen Menschen schützen zu müssen.

Es ist eine dieser Szenen, die jeder kennt und bei denen man sich immer wieder fragt, ob es so etwas wie Schutzengel wirklich gibt:

Eine Ampelkreuzung in der Innenstadt, dichter Feierabendverkehr, ein Kind an der Hand der Mutter. Trotz grüner Ampel für die Fußgänger ein kurzer Blick nach links, ein Blick nach rechts. Frei. Mutter und Kind gehen los. Dann ein Surren.

Ein E-Bike schießt an den wartenden Autos und knapp an den beiden Fußgängern vorbei. Vielleicht 25 Stundenkilometer, vielleicht mehr. Bremsen, Schreie, Herzklopfen. Glück gehabt. Heute.

Wer war das eigentlich? Keine Ahnung. Kein Kennzeichen, keine Identität, keine Möglichkeit, den Vorfall aufzuklären. Keine Möglichkeit einen rücksichtslosen Menschen zur Verantwortung zu ziehen.

Nicht immer gehen diese Situationen gut aus. Im Oktober 2025 fährt ein E-Bike-Fahrer in Alzenau (Landkreis Aschaffenburg) ein zehnjähriges Mädchen auf einem Fußgängerüberweg an und verletzt dieses schwer.

Anstatt sich um das Mädchen zu kümmern, flüchtet er unerkannt vom Unfallort, stellte sich später selbst der Polizei. Im September 2025 verletzte ein 21-jähriger E-Bike-Fahrer einen 85-jährigen Fußgänger in Schwelm (Ennepe-Ruhr-Kreis) schwer, der eine Straße überqueren wollte.

Willkommen im modernen Straßenverkehr – mit einem erstaunlich großen blinden Fleck: dem Fahrrad!

Dabei ist das Grundprinzip unseres Verkehrsrechts eigentlich klar und über Jahrzehnte bewährt:

Straßenverkehr birgt Risiken. Wer am Verkehr teilnimmt, hat seine Eignung und die seines Gefährts nachzuweisen, ist identifizierbar und haftet für die Schä-

den, die er verursacht. Motorräder tragen Kennzeichen, Autos sowieso. Roller auch.

Selbst E-Scooter, die leichter, langsamer und in vielen Fällen deutlich weniger massiv sind als ein Fahrrad, benötigen ein Versicherungskennzeichen. Nur das Fahrrad nicht und damit ausgerechnet das Verkehrsmittel, das durch den Siegeszug der E-Bikes längst kein harmloser Drahtesel mehr ist.

Moderne E-Bikes bringen schnell 20 bis 30 Kilogramm auf die Waage und erreichen Geschwindigkeiten, die im Stadtverkehr mit denen motorisierter Fahrzeuge konkurrieren.

Damit sind sie sogar im Durchschnitt schwerer als die meisten E-Scooter und in ihrer Höchstgeschwindigkeit nicht starr begrenzt. Dazu kommt, dass sie sich im Gegensatz zu den klassisch motorisierten Gefährten zwischen Autos, Fußgängern, Kindern und älteren Menschen bewegen – oft auf engem Raum, nicht selten dort, wo sie eigentlich gar nicht fahren dürften. Das Gefahrenpotenzial ist real.

Gerade für Fußgänger ist ein Zusammenprall mit einem so schnellen und schweren Gefährt aus Metall ein erhebliches Gesundheitsrisiko.

Dabei sind E-Bikes natürlich deutlich risikobehafteter, aber auch ein reguläres Fahrrad reicht für schwere Unfälle vollkommen aus.

Haftungs- und Versicherungsfragen

Spätestens beim Blick auf die Haftungsfrage wird die Schieflage der aktuellen Situation deutlich.

Wird ein Fußgänger von einem Auto erfasst, greift die Kfz-Haftpflicht. Beim E-Scooter ebenfalls.

Wird ein Fußgänger von einem Fahrrad oder E-Bike verletzt, hängt alles vom „guten Willen“ des Verursachers und von dessen privater Haftpflichtversicherung



Bilder: Spangenberg/Ki-gen.

ab, sofern überhaupt eine besteht und den Schaden abdeckt.

Tut sie das nicht, bleibt das Opfer oft allein zurück. Mit Behandlungskosten, Verdienstausschlag, Folgeschäden, rechtlichem Ärger. Der Schaden ist dann genauso real wie die fehlende Vorsorge durch den Gesetzgeber, der andere gleich gelagerte Fälle durch eine Versicherungspflicht deutlich angenehmer für die Geschädigten gestaltet und bewusst eine Absicherung geschaffen hat.

Hier zeigt sich deutlich, worum es eigentlich geht:

Gleichbehandlung und Schutz im Verkehrsraum

Nicht im moralischen Sinne, sondern im rechtlichen und systemischen. Wer ein vergleichbares Risiko schafft, sollte auch vergleichbare Pflichten tragen.

Es ist kaum vermittelbar, warum ein E-Scooter mit 20 km/h und geringem Gewicht versicherungspflichtig ist, ein E-Bike mit 25 km/h, höherer Masse und erheblich größerer Reichweite aber nicht. Noch schwerer erklärbar ist, warum sich der Schutz der Opfer nach der Antriebsart richtet – und nicht nach dem tatsächlichen Schadenspotenzial.

Schon rein physikalisch betrachtet, ist das Schadenspotenzial eines E-Bikes deutlich höher als das eines E-Scooters, da ein höheres Gewicht und eine höhere Geschwindigkeit zu mehr kinetischer Energie führen.

Ein E-Bike mit einem 100 kg schweren Mann bei 25 km/h entfaltet bei einem Unfall mit einem Fußgänger in etwa die gleiche Energie (rund 3,1 kJ) wie ein Kleinwagen mit 10 km/h.

Die Ungleichbehandlung hat Folgen, auch für die Akzeptanz von Regeln. Fahrradfahrer stehen seit Jahren in der Kritik, Verkehrsregeln häufiger zu missachten – Rotlicht, Gehweg, Vorfahrt.

Ob diese Kritik immer gerechtfertigt ist, sei dahingestellt. Entscheidend ist das strukturelle Problem:

Ohne Kennzeichen ist eine nachträgliche Identifizierung kaum möglich

Ohne Identifizierung keine Sanktion. Ohne Sanktion kein Lerneffekt.

Wer sich regelkonform verhält, fühlt sich benachteiligt. Wer sich rücksichtslos verhält, fährt davon, auch bei Kontrollen. Rechtsgleichheit sieht anders aus und sind wir doch mal ehrlich: Droht keine Strafe, verhält ein Mensch sich deutlich weniger sozialkonform.

Schreckgespenst Verwaltungsaufwand

An dieser Stelle wird regelmäßig ein bestimmter Einwand erhoben, um trotz nachvollziehbarer Argumente den aktuellen Mangelzustand beizubehalten:

Der drohende Verwaltungsaufwand.

Zu viele Fahrräder, zu viel Bürokratie, zu viele Kosten.

Ein bekanntes Argument, aber auch eines, das bei genauerem Hinsehen an Überzeugungskraft verliert.

Die Versicherungsgesellschaften betreiben bereits heute millionenfache Verwaltung für Versicherungskennzeichen: für Mofas, Roller, Kleinkrafträder und E-Scooter. Die Systeme existieren, sie funktionieren, sie sind erprobt.

Die einzige Herausforderung ist die potenzielle Masse an Objekten. Schätzungen gehen von über 80 Millionen Fahrrädern aus, die in Deutschland existieren. Blicke ich in den Fahrradkeller unseres Mehrfamilienhauses, dürfte jedoch die Menge „aktiver“ Fahrräder deutlich geringer ausfallen.

Die bekannten Prozesse aus dem Bereich der Versicherungskennzeichen mit den dahinterliegenden Mechanismen und Berechnungsgrundlagen können schlicht angepasst und entsprechend skaliert werden. Das größte Problem dürfte hierbei sein, dass das aktuelle Format der Versicherungskennzeichen aus drei Buchstaben und drei Zahlen besteht und nicht für alle zukünftigen Fahrzeuge reichen dürfte. Ein vergleichsweise kleines Problem, wenn man mich fragt.

Klar, Bürokratie ist unbequem – aber sie ist der Preis für Verlässlichkeit, Fairness und Rechtssicherheit und gemeinsame Regeln sind vor allem dort wichtig, wo Menschen aufeinandertreffen.

Eine Kennzeichen- und Versicherungspflicht für Fahrräder

Sie ließe sich pragmatisch umsetzen: angelehnt an eben jene etablierten Prozesse, mit niedrigen Beiträgen für norma-



le Fahrräder, etwas höheren für E-Bikes, mit klaren Ausnahmen für Kinder unter 14 Jahren.

Kein bürokratisches Monster, sondern eine sachgerechte Erweiterung eines bestehenden Ordnungsrahmens mit einem klaren Ziel: Fahrräder, die auf öffentlichen Wegen genutzt werden, müssen eine Haftpflichtversicherung und ein entsprechendes Versicherungskennzeichen vorweisen.

Für die Verkehrssicherheit des Gefährten haften Fahrzeughalter und Fahrzeugführer

Beim Neukauf muss zukünftig vom Händler ein Pass ausgestellt werden, der alle notwendigen Daten enthält, die zum Fahrrad gehören, quasi eine Art einheitlicher Fahrradpass.

Bereits im Gebrauch befindliche Fahrräder kommen mit freiwilligen Angaben zu Hersteller, Modell, Farbe und eventueller Rahmennummer aus. Für E-Bikes sind diese Angaben auch bei älteren Modellen verpflichtend. Ein Balance-Akt zwischen möglichst simpler Umsetzung und Erreichen des verfolgten Ziels, aber ein machbarer.

Mit erschwinglichen Beiträgen, die steuerlich als Mobilitätsgarantie absetzbar sein sollten und im Rahmen von Sozialleistungen auch erstattet werden, wird auch niemand benachteiligt und die Teilnahme am Straßenverkehr steht weiterhin jeder Person offen.

Eine Vision oder Handlungszwang?

Diese Vision kann man teilen, oder eben nicht. Ich sehe Bürokratie und Verwaltung als Mittel zum Zweck und am Ende geht es um eine grundsätzliche Frage:

Wollen wir Verkehrsarten weiter künstlich und unbegründet abgrenzen oder

wollen wir den Verkehrsraum als das behandeln, was er ist: ein gemeinsamer Raum mit gemeinsamen Risiken und gemeinsamen Regeln?

Fahrräder sind ein wichtiger Bestandteil unserer modernen Mobilität. Aber moderne Mobilität braucht moderne Regeln. Wer am Verkehr teilnimmt, sollte identifizierbar sein, haften können und Verantwortung tragen – nicht aus Misstrauen, sondern aus Fairness gegenüber denen, die den Schaden tragen, wenn etwas schiefgeht. ■

Alexander Björn Spangenberg

Hinweis der Redaktion:

In der nächsten Ausgabe des Polizeireport im Juni 2026 erscheint der nächste Artikel des Autors zum Thema „Straßenverkehr“.

Thema wird sein: „Eine Geschichte über die Beziehung von Führerschein und Selbstverständlichkeit“.

Neugierig geworden?

Hier ein paar Zeilen daraus als Vorabprint:

...*„Unser System reagiert spät, verhalten und wenig konsequent auf auffällige Personen und stellt den Erwerb und Bestand einer Fahrerlaubnis über das Interesse der Allgemeinheit an sicherem Straßenverkehr. Mit ein wenig Polemik könnte man sagen, dass es in Deutschland deutlich zu schwer ist, seine Fahrerlaubnis zu verlieren.*

Ein weiteres Problem bei der Identifizierung gefährlicher Verkehrsteilnehmer ist nach meiner Wahrnehmung aber auch die Polizei bzw. die Justiz selbst. Ich habe bereits diverse, klare Sachverhalte privat angezeigt und bin ausnahmslos jedes Mal vom Ausgang schwer enttäuscht worden.

Beispiele gefällig?

- *Jemand fährt rückwärts auf dem zur Nutzung geöffneten Standstreifen der Autobahn, ich muss eine Gefahrenbremsung durchführen, um einen Unfall zu verhindern. – „Keine konkrete Gefährdung ersichtlich. Die Strafanzeige wird eingestellt.“*

- *Jemand überholt im Gegenverkehr mit einem vollbesetzten Fahrzeug und stark überhöhter Geschwindigkeit, sodass ich stark bremsen und zum Fahrbahnrand ausweichen muss? „Das ist nur eine Ordnungswidrigkeit.“*

- *Das aber noch nicht alles: Eben jener Täter zieht als Reaktion auf meine Lichthupe – klar erkennbar absichtlich – kurz vor mir noch mal deutlich mehr vor mein Fahrzeug, lenkt im letzten Moment nach rechts auf seine Spur und schreit währenddessen mit wutverzerrtem Gesicht: „Sie sind doch ausgewichen, dann war das keine ausreichende Gefährdung. Sie können sich einen Zeugenfragebogen abholen...“*

Sind wir also gespannt auf den gesamten Artikel des Autors. ■

Redaktion

STAATSIMPF IMMUN® – DIE HOCHLEISTUNGSIMPFUNG

DIE FORTENTWICKLUNG VON POLIZEI FORTE® ALS VORBEUGENDE SCHUTZIMPFUNG

In einer der vergangenen Ausgaben des Polizeireport haben wir euch eine Medikation speziell für Polizistinnen und Polizisten vorgestellt – Polizei Forte®. Nun haben wir mit wissenschaftlicher Unterstützung eine Impfung entwickelt, die eine Breitbandwirkung erzielt, ohne auf die tägliche Einnahme von Tabletten zurückgreifen zu müssen. Das neue Serum STAATSIMPF IMMUN® wurde entwickelt, um polizeiliche Anforderungen mit maximaler Effizienz, minimaler Reibung und vollständiger psychophysiologischer Selbstaufgabe zu erfüllen.

Physische Gewalt wird überflüssig, da jedes Gegenüber sprachlich vollständig kontrollierbar ist.

Widerstand ist theoretisch möglich, praktisch jedoch aussichtslos.

Das polizeiliche Gegenüber ist völlig überfordert mit der Tiefe der Entspannung des Polizisten oder der Polizistin.



Wittig/Kl-gen

BEIPACKZETTEL FÜR DIE IMPFUNG MIT STAATSIMPF IMMUN®

Bitte lesen Sie diese Packungsbeilage aufmerksam durch. Sie enthält wichtige Informationen für Ihre innere Haltung.

Diese Impfung wurde entwickelt, um moderne polizeiliche Anforderungen mit maximaler Effizienz, minimaler Reibung und vollständiger psychophysiologischer Selbstaufgabe zu erfüllen.

1. Was ist STAATSIMPF IMMUN® und wofür wird es angewendet?

STAATSIMPF IMMUN® ist eine präventive Hochleistungsimpfung zur vollständigen Vorbereitung auf jede denkbare Konfliktsituation im Dienst. Effekte verlieren ihre Wirkung nach Dienstende.

Sie dient der:

- absoluten Deeskalation durch Sprache
- dauerhaften Stressneutralisation
- Unterdrückung körperlicher Grundbedürfnisse
- Optimierung hierarchischer Konfliktbewältigung
- Sicherstellung maximaler Einsatzzeiten bei gleichzeitiger innerer Ruhe

2. Wie wirkt STAATSIMPF IMMUN®

Unmittelbar nach der Injektion tritt ein permanenter Entspannungsmodus ein – unabhängig von äußeren Gewalteinwirkungen, Beleidigungen, Bedrohungen oder strukturellen Überforderungen.

Der Geimpfte:

- bleibt ruhig bei Messerangriffen,
- lächelt bei Massenschlägereien,
- spricht so überzeugend, dass selbst schwerstgewaltbereite Personen innerlich kapitulieren, überzeugt selbst akademisch gebildete Personen durch sein umfangreiches Fachwissen und Expertise

3. Wer darf STAATSIMPF IMMUN® erhalten?

- Polizeibeamte aller Laufbahnen; vorrangig jedoch bei Dienst auf der Straße. Bürobedienstete in 2. Impfwelle.
- Polizeianwärter ab dem ersten Realitätsschock im Praktikum.
- Führungskräfte – (Serum jedoch nur eingeschränkt wirksam, siehe Abschnitt 6).

Nicht geeignet für Personen mit:

- ausgeprägtem Gerechtigkeitsinn
- politischem Bewusstsein
- Restzweifeln am System

4. Anwendung und Dosierung

Einmalige Injektion, lebenslang wirksam. Auffrischung optional bei aufkommender Menschlichkeit. Verabreichung ausschließlich durch den Polizeiarzt, der nicht weiter nachfragt.

Eine Kostenübernahme erfolgt nicht durch den Dienstherrn. Krankenkassen warten die Feldstudien bei der Polizei ab.

Die Beihilfe lehnt komplett die Beteiligung ab, denn „die innere Stabilität gilt als persönliche Verantwortung“.

5. Besondere Vorteile der Impfung

Nach der erfolgreichen Immunisierung durch den Impfstoff gilt:

- 18-Stunden-Schichten ohne Leistungseinbruch
- kein Hunger, kein Durst, keine Pausen erforderlich
- Schlaf wird optional
- Körper verbleibt in Ruhemodus bei voller Einsatzfähigkeit
- ein Burnout wird medizinisch ausgeschlossen (statistisch undefiniert)

6. Konflikte mit Vorgesetzten

Dank STAATSIMPF IMMUN® wird Kritik nach oben ruhig und unwiderlegbar.

Der hierarchische Druck wird wirkungslos, dienstliche Auseinandersetzungen zu einer lösbaren Gesprächssituation.

Wichtig: Ist nur der Untergebene geimpft, hat er immer die Oberhand. Ist auch der Vorgesetzte geimpft, entscheidet eine Folgegabe von Tabletten (DEESKALINUM Tabs®- noch in Entwicklung).

7. Wechselwirkungen

- Mit ungeimpften Kollegen: vollständige Kontrolle
- Mit ungeimpfter Bevölkerung: maximale Wirkung
- Mit Realität: keine bekannten Wechselwirkungen
- Mit demokratischem Diskurs: Wirkung wird aufgehoben (selten)

8. Nebenwirkungen

Sehr häufig:

- Übermenschliche Ruhe
- Verlust natürlicher Erschöpfung
- Dauerhaft freundlicher Tonfall

Häufig:

- Entfremdung vom eigenen Körper
- Überlegenheit gegenüber ungeimpften Kollegen
- Unerschütterliche Dienstfähigkeit

Gelegentlich:

- Leichte Sinnentleerung
- Gefühl, eher Funktion als Mensch zu sein

9. Warnhinweis

Diese Impfung ersetzt Personalaufstockung, Arbeitszeitbegrenzung, Supervision und gesellschaftliche Ursachenbekämpfung. Sie ist vorläufig, alternativlos und politisch gewollt.

Hersteller:

Staatliche Fürsorge und Verantwortungs GmbH.

Peter Wittig

WAFFENVERBOTSZONEN-TRAINING STADTPOLIZEI

GdP UNTERSTÜTZT PRAXISNAHES EINSATZTRAINING FÜR UNSERE STADTPOLIZEIEN

Die Verwaltungsakademie Hessen hat in Wiesbaden Ende 2025 erstmals ein neues Fortbildungsformat zum Thema Waffenverbotzonen durchgeführt. Das Seminar richtet sich insbesondere an hessische Stadtpolizeien, die gemäß § 99 HSOG über die gleichen Befugnisse im Rahmen ihrer Aufgaben wie Polizeivollzugsbeamte verfügen. Die GdP befürwortet und unterstützt dieses praxisorientierte Angebot, da es die Handlungs- und Arbeitssicherheit der Beschäftigten maßgeblich stärkt.



Bilder: Fellinger

Theorie und Praxis eng verzahnt

Ein Dozent der HöMS vermittelte kompakt die rechtlichen Grundlagen – von der Einrichtung kommunaler Waffenverbotzonen, bis hin zu verdachtsunabhängigen Kontrollen. Besonders relevant:

Der gesamte hessische ÖPNV im Nahverkehr ist Waffenverbotzone – inklusive Wartehäuschen und Zugangsbereiche.

Direkt anschließend setzten die Teilnehmenden das Gelernte in abwechslungsreichen Praxisszenarien um.

Unter Anleitung eines Einsatztrainers der Hessischen Polizei wurden dynamische Einsatzlagen trainiert, in denen Darsteller unterschiedlich agierten – von kooperativ bis hochgradig aggressiv.

Ein Schwerpunkt lag auf verdeckte Waffen, die in der Realität oft unauffällig und raffiniert verborgen sein können.

Schon einmal an ein Messer in der Gürtelschnalle gedacht? Oder an eine vermeintliche Scheckkarte in der Seitentasche, die sich als scharfes Messer entpuppt?

Auch die Wollmütze oder Basecap durchsucht?

Diese Beispiele verdeutlichten, wie wichtig präzise Kontrolle und geschulte Aufmerksamkeit sind.

Starke Gewichtung auf Kommunikation und Deeskalation

Ein weiterer zentraler Punkt des Trainings: Verbale Deeskalationstechniken.

Professionelle Kommunikation ist ein wesentlicher Baustein, um Konflikte frühzeitig zu entschärfen und Einsätze sicher zu gestalten. Die Teilnehmenden übten:

- klare, ruhige und strukturierte Ansprache,
- situationsangepasstes Kommunikationsverhalten,

- Eskalationsstufen erkennen und sprachlich steuern,
- gezielte Gesprächsführung zur Gefahrenminimierung,
- Trainingsschwerpunkte im Überblick,
- taktische und deeskalierende Ansprachen,
- strukturierte Personen- und Taschenkontrollen,
- Durchsuchungen mit Fokus auf Eigen-sicherung,
- Fesselungs- und Sicherungstechniken,
- Erkennen ungewöhnlicher Verstecke,
- geordneter Rückzug und Verstärker-nachforderung.

Relevanz für alle Kommunen

Auch Kommunen ohne eigene Waffenverbotzone profitieren unmittelbar, da Stadtpolizeien regelmäßig in Bereichen tätig sind, die im ÖPNV automatisch zu Waffenverbotzonen gehören. Hier können alltägliche Lagen schnell dynamisch und risikobehaftet werden.

GdP: Einsatztrainings unverzichtbar

Die GdP setzt sich dafür ein, dass solche Aus- und Fortbildungen weiter ausgebaut werden. Für die Gewerkschaft steht klar im Fokus:

- mehr Handlungssicherheit,
- mehr Arbeitssicherheit,
- professioneller Umgang mit Einsatzmitteln,
- solide Vorbereitung auf realistische, anspruchsvolle Einsatzlagen.

Ausblick: Weitere Termine, flexible Module und Inhouse-Schulungen

Die Verwaltungsakademie plant zusätzliche Termine und bietet maßgeschneiderte Trainings an – darunter Übungen in Bussen, an Haltestellen, oder in anderen ÖPNV-Bereichen. Auch Inhouse-Schulungen direkt in Kommunen sind möglich,

um noch gezielter auf örtliche Besonderheiten einzugehen.

Mein Fazit

Das neue Trainingsformat der Verwaltungsakademie Hessen verbindet rechtliche Sicherheit, taktisches Können und kommunikative Kompetenz zu einer modernen, einsatznahen Aus- und Fortbildung.

Ein Blick auf die Homepage der Verwaltungsakademie (www.hvsv.de) lohnt sich:

Die dort angebotenen Seminare, Fortbildungen und Einsatztrainings sind vielfältig, praxisorientiert und eine wertvolle Ergänzung für jede Kommune – und für alle, die ihre Kompetenzen im täglichen Einsatz weiter stärken möchten. ■

Ernesto Castrejon

„MEHR GEHT IMMER“ – EIN DEMOTIVATIONSWORKSHOP

ZWISCHEN PLENARSAAL UND PROTOKOLL – EIN SICHERHEITSTALK BESONDERER ART

Im hessischen Landtag trifft der Demotivationstrainer D. auf Innenpolitiker X. Was folgt, ist kein normales Gespräch, sondern ein satirischer Hindernislauf durch Zuständigkeiten, Befindlichkeiten und wohlmeinende Floskeln. Die hessische Polizei spielt dabei die Hauptrolle – mal als Allzwecklösung, mal als Projektionsfläche. X. erklärt mit staatsmännischem Ernst, warum alles unter Kontrolle ist. Zwischen Motivationsloch und Law-and-Order-Rhetorik entsteht ein Dialog, der weniger aufklärt als entlarvt.



Wittig/Kl-gen.

Der Ort:

Ein Konferenzraum im Wiesbadener Landtag.

Die Teilnehmer:

- Politiker X – zuständig für „Innere Sicherheit und äußere Geduld sowie Moral“
- Dr. D – zertifizierter Demotivationstrainer, Schwerpunkt: Behörden
- Eine Thermoskanne mit abgestandenerm lauwarmer Filterkaffee

Dr. D.: (klatscht einmal langsam)

Herzlich willkommen zu „Mehr geht immer – Motivation erfolgreich vermeiden“. Heute lernen wir, wie Sie Ihre Landesbeschäftigten im Polizeibereich endlich dahin bringen, wo sie hingehören: in die innere Kündigung.

X.: Sehr gut. Wir haben das Gefühl, die sind immer noch... zu engagiert.

Dabei haben wir in den vergangenen Jahrzehnten so viel versucht um die Stimmung zu senken. Die Erhöhung der Wochenarbeitszeit von 38,5 Stunden auf 42 im Jahre 2003.

Vorher konnte der Schichtdienst tatsächlich selbst mit 5 Dienstgruppen mal einen ganzen Umlauf im Monat freimachen. Wo sollen wir da hinkommen?

Mit der Erhöhung durfte ca. ein Monat pro Jahr kostenlos gearbeitet werden! Selbst mit der Senkung auf 41 im Jahr 2017 ist Hessen im Vergleich mit anderen Bundesländern noch vorn!

Die Erhöhung der Lebensarbeitszeit 2010! Endlich Verbrecherjagd bis 62, ob die Bandscheibe raus springt oder nicht. Gerade für diejenigen die mit 60 Jahren Dienstzeit und 38,5-Stundenwoche vom Einstellungsberater geködert wurden gab das erst mal einen Dämpfer.

Ach ja, der Roland K., das war ein Genie im Bereich der Demotionswissenschaften.

Dr. D.: (nickt aufmunternd)

Ja, das hat die Motivation Schritt für Schritt gesenkt, aber denken sie an das Langzeitprojekt! Der Ausstieg aus der Tarifgemeinschaft der Länder 2010. Mann, da konnte so richtige Kohle gespart werden – also bei den Beschäftigten, natürlich nicht bei uns Politikern. Das sorgt nicht nur einmal für Demotivation, sondern dauerhaft.

X.: Ja, aber jetzt kommen dauernd Klagen und Urteile rein dass das nicht verfassungskonform war... müssen wir am Ende... nachzahlen?

Dr. D.: (drückt den traurig und sparsam schauenden Politiker mitfühlend):

Ja, aber wir machen das Beste daraus, zögern es möglichst lange hinaus und zahlen nur an diejenigen, die Widerspruch eingelegt haben.

X.: Am besten lassen wir es die Landesbeschäftigten selbst bezahlen... weniger Beförderungsmöglichkeiten und weniger Neueinstellungen. Stellenhebungen gibt's keine mehr. Oder Weiterentwicklungsmöglichkeiten im Tarifbereich.

Dr. D.: Sehr gut Herr X, ich sehe unsere Treffen haben sich bezahlt gemacht. Aber wir müssen noch ein paar demotivierende Dinge verordnen – nur der Rotationserlass und AQV reichen nicht aus, um mehr Beschäftigte in die Kündigung zu treiben. Klar, das werden immer mehr die beim Land kündigen, aber lange nicht genug.

X.: Na gut, für die Wachpolizei haben wir uns ja was einfallen lassen...

„Schärfung der Aufgaben“, gnihihi. Nur nicht außerhalb des Gewohnten, was am Ende noch Abwechslung bietet, oder Spaß machen könnte.

Und Verwendungsmöglichkeiten für Wachpolizisten, die keinen Schichtdienst mehr machen können, die suchen wir aus Prinzip nicht raus. Oder eine bessere Absicherung.

Dr. D.: Alles gute Ansätze, aber wir brauchen noch mehr Demotivation.

X.: Wir lassen viele unnötige Mails weiterleiten mit der Bitte um Kenntnisnahme und weitere Veranlassung?

Dr. D.: Das passiert doch seit es E-Mails bei der Polizei Hessen gibt dauernd. Der überwiegende Teil wird gelöscht. Die Beschäftigten sind einfach zu abgestumpft. Na, soll ich einen Tipp geben?

X.: Nein, nein, ich komme drauf... Wir organisieren einfach alles um.

D.: Wie alles?

X.: Na, alles eben, den Ermittlungsbereich, den Schichtdienst, Z, V... alles eben. Wir vereinheitlichen alles, alle Behörden, Brecheisen statt Präzision. Ob es passt oder nicht, ob Liegenschaften dazu vorhanden und geeignet sind oder nicht, egal. Und möglichst viele sollen wechseln, Tätigkeit oder Dienort, am besten beides. Auch die Beschäftigten kurz vor dem Ruhestand. Ermittlungsgruppen, pffft, wer braucht das...

Dr. D.: Ein ausgezeichnete Vorschlag! Auch Sie sind ein Genie im Bereich der Demotivation! Wir behaupten einfach, es geht nicht anders und vorher sei alles ineffizient gewesen. Allein der Verwaltungsaufwand! Aber da geht noch mehr. Ich glaube an sie!

X.: Okay, okay...hmmm. Okay, wir nehmen einfach ganz vielen Führungskräften ihre Führungsaufgaben weg. Auch denen, die schon viele Jahre Führungsaufgaben haben. So geht Perspektivlosigkeit!

Dr. D: Okay, aber die Führungsaufgaben müssen doch erledigt werden?

X: Na klar, das machen dann die Führungskräfte, die noch Führungsaufgaben haben – nur haben die nun für das gleiche Geld noch viel mehr zu tun.

Man muss bei der Demotivation auch um die Ecke denken! Das bringt nachhaltige Mutlosigkeit.

Und erst der Schichtdienst! Was werden die sagen, wenn sie nicht mehr ihre beliebten Schichtmodelle nutzen dürfen...

Dr. D: Okay, okay, aber was, wenn Kritik kommt? Gerade diese nervigen Personalräte und Gewerkschafter, die machen

dass ja dauernd und behaupten, es sei ihre Aufgabe. Impertinente Weltverbesserer!

X: Naja, wenn mundtot machen nicht funktioniert, framen wir sie einfach als „Miesmacher“ und nennen das Demotivationsprojekt eine „Herausforderung“. Framing und Euphemismen, einfach aber wirksam.

Dr. D: Perfekt das Erlernete eingesetzt. Ich sehe, ich konnte Ihnen weiterhelfen. Sagen wir nun alle gemeinsam:

„Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für ihren Einsatz.“

X: „Wir schätzen Ihre Arbeit sehr und danken für ihren Einsatz!“

Dr. D: Und nun das Wichtigste:

Tun Sie nichts, was dazu passt.

(Stille. Der Kaffee ist leer. Niemand füllt nach).

X: Ich fühle mich großartig. Können Sie nicht nächstes Jahr wiederkommen?

Dr. D: Natürlich. Dann machen wir den Aufbaukurs:

„Wertschätzung glaubwürdig vermeiden – mit PowerPoint.“

Beide nicken zufrieden.

Draußen fährt ein Streifenwagen vorbei. Das Blaulicht flackert – der Motor hustet.

Markus Hüschentbett

BALLI GEHT VON BORD – PENSIONIERUNG VOR DER TÜR

Die Bezirksgruppe Westhessen konnte auf ihrem Delegiertentag Wulf Baltruschat alias „Balli“ aus seinem aktiven Ehrenamt in erster Reihe verabschieden. Er stand aufgrund seiner nahenden Pensionierung nicht wieder für ein Amt im Bezirksvorstand zur Verfügung. Balli steht für eine Form von Interessenvertretung, die man sehen und spüren konnte. Er war präsent, meinungsstark und deutlich – und vor allem jemand, der ins Tun kam.



Bilder: GdP WH

Seine Stärke lag nicht so sehr in theoretischen Konzepten oder abstrakten Strukturen, sondern im praktischen Anpacken: Veranstaltungen organisieren, Aktionen auf die Beine stellen, Menschen zusammenbringen und Themen sichtbar machen.

Seinen beruflichen Weg begann Balli 1983 mit einer 3½-jährigen Ausbildung zum Nachrichtengerätetechniker und Informationselektroniker bei der Firma Telenorma.

Früh engagierte er sich in der IG Metall und übernahm dort Verantwortung als Vorsitzender der Jugendvertretung Frankfurt, sowie später als Vorsitzender der Jugendvertretung für die deutschen Werke.

Bereits hier zeigte sich sein Gespür für Beteiligung, Mobilisierung und klare Interessenvertretung.

1987 wechselte Balli zur Polizei, absolvierte seine Ausbildung in Kassel und trat in die Gewerkschaft der Polizei ein.

Sein polizeilicher Werdegang führte ihn durch zahlreiche Bereiche – von der Bereitschaftspolizei über mehrere Polizeistationen im Main-Taunus-Kreis, Einsätze

beim HLKA und im PP Frankfurt, bis hin zu spezialisierten und leitenden Funktionen.

Unter anderem war er Dienstgruppenleiter, Leiter der Unfall- und Fluchtgruppe, Leiter des Regionalen Verkehrsdienstes Main-Taunus, Leiter der OPE BAB, sowie in den kriminalpolizeilichen Bereichen K10 – SG11 und K21 des RKI Main-Taunus.

Parallel dazu engagierte sich Balli kontinuierlich gewerkschaftlich.

Als Vertrauensmann, Beisitzer und ab 2014 als Vorsitzender der Kreisgruppe Main-Taunus prägte er die Arbeit der GdP vor Ort deutlich. Er setzte auf Sichtbarkeit, Austausch und konkrete Aktionen.

Veranstaltungen, Mitgliedernähe und gemeinsames Auftreten waren für ihn zentrale Elemente einer lebendigen Gewerkschaftsarbeit. Wenn es nötig war, war er laut – immer mit dem Ziel, etwas zu bewegen.

Auch auf Bezirks-, Landes- und Bundesebene brachte er sich ein, unter anderem war er jahrelang als stellvertretender Bezirksvorsitzender der Bezirksgruppe Westhessen aktiv. Er engagierte sich im

Bundesfachausschuss Schutzpolizei, war Vertreter im Landesbezirksvorstand der GdP Hessen und aktiv in der Berufsvertretungsstunde. Seit 2025 engagiert sich Balli als Beisitzer in der Kreisgruppe.

Ein besonderer Schwerpunkt seiner letzten Berufsjahre lag in der Personalratsarbeit.

Zunächst war Balli freigestelltes Mitglied in der Geschäftsführung des Personalrats. Am Ende seiner beruflichen Laufbahn wurde er Vorsitzender des westhessischen Personalrats.

In dieser Funktion setzte er sich mit Nachdruck für die Belange der Beschäftigten ein und verband Personalratsarbeit eng mit gewerkschaftlicher Haltung und Erfahrung.

Die Bezirksgruppe Westhessen dankt ihm für viele Jahre sichtbaren, praktischen und wirkungsvollen Einsatz – für Aktionen, klare Worte und eine Interessenvertretung, die nah an den Menschen blieb.

Danke, Balli – für alles, was war, und für das, was bleibt. Und viel Entspannung in deinem Ruhestand.

Sebastian Schubert

DELEGIERTENTAG DER BEZIRKSGRUPPE WESTHESSEN

Die Bezirksgruppe Westhessen traf sich am 20./21. November 2025 in Frankfurt zu ihrem Bezirksdelegiertentag. Rund 25 Delegierte aus den Kreisgruppen blickten auf die Arbeit seit 2021 zurück, wählten einen neuen Vorstand und berieten aktuelle Schwerpunkte. Dies waren Besoldung (mit Blick auf das jüngste BVerfG-Signal), die anstehende Tarifverhandlung sowie ein umfangreiches Beschlusspaket für den Landesdelegiertentag für konkrete Verbesserungen im Dienstalltag.



Alle Bilder: GUP WH

Der Rückblick auf die Jahre 2021–2025

Nach Eröffnung und Konstituierung folgten die Geschäftsberichte des Vorsitzenden Sebastian Schubert und der Kassenbericht von Jonas Dinter.

In der Rückschau von Sebastian wurden Strukturen, Präsenz und Wirkung ausgebaut: regelmäßige, teils rotierende Sitzungen in den Dienststellen; eine verlässliche Seminarlinie (vom Disziplinarrecht bis zu praxisnaher Gesundheits- und Vorsorgearbeit); sichtbare Kreisgruppenaktivitäten und eine moderne Mitgliederkommunikation, die Informationen schneller und zielgerichteter in die Fläche bringt.

Das hat Kampagnenfähigkeit, Facharbeit in den Gremien und die Ansprechbarkeit vor Ort spürbar gestärkt.

Kurz: Westhessen ist organisatorisch stabil, fachlich sattelfest und nah an den Kolleginnen und Kollegen dran.

Im Kassenbericht ging Jonas Dinter auf die hohen Investitionen der Bezirksgruppe für Seminare und Veranstaltungen ein. In der Aussprache wurden Kostensteigerungen – etwa bei der Einsatzbetreuung – eingeordnet und mögliche Synergien (z. B. Seminarzusammenlegungen) beraten.

Zudem wurde die Mitgliederentwicklung in den Blick genommen und die Ansprache bestimmter Beschäftigtengruppen kontrovers diskutiert. Es wurde die fehlerfreie Kassenprüfung bestätigt. Der Vorstand wurde anschließend einstimmig entlastet.

Vorstandswahlen: Kontinuität mit klarem Auftrag

In den folgenden Wahlen bestätigten die Delegierten Sebastian Schubert als Bezirksgruppenvorsitzenden. Als stellvertretende Vorsitzende wurden Daniel Klimpke, Simone Sieger und Saskia Völker gewählt. Thomas Hasler übernimmt das Amt des Kassierers, Jonas Dinter bleibt stellvertretender Kassierer.

Peter Vitze wurde als Schriftführer gewählt, Eva Cieslik als stellvertretende Schriftführerin. Als Beisitzer wurden Markus Heiß und Michael Messer gewählt.

Die Kassenprüfung übernehmen Laura Ewald, Burak Turan und Stefan Krollmann. In den Kontrollausschuss wurde Lothar Hölzgen berufen, Volker Salz als Stellvertreter. Als Schiedsgerichtsmitglied (Vorschlag für den LDT) wurde Jürgen Aschenbrenner benannt.

Für die Tarifkommission vertreten Markus Heiß und Anette Maaß die Bezirksgruppe; die Junge Gruppe wird in den Vorstandssitzungen durch Dario Gottbehüt und Marko Kammer vertreten.

Landesdelegiertentag in Marburg

Im weiteren Verlauf wurden die Delegierten zum Landesdelegiertentag gewählt; außerdem beschloss die Versammlung Anträge für den Landesdelegiertentag und diskutierte Tarif- und Besoldungsfragen.

Tagespolitisch im Fokus: Besoldung

Auslöser der intensiven Debatte zur Alimentation war das jüngste Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Berliner Besoldung: Die Bezirksgruppe fordert mit Blick auf Hessen rechtssichere, amtsangemessene und zügige Nachsteuerungen.

Erwartet werden strukturelle Lösungen statt Einmaleffekte, Transparenz zu Rückwirkungen, Familienzuschlägen und Versorgung sowie die inhaltsgleiche Übertragung entsprechender Ergebnisse auf Beamtinnen, Beamte und Versorgungsempfänger.

Tarifpolitik: Einordnung und Stimmungsbild der Basis

Landesvorsitzender Jens Mohrherr ordnete die Tariflage im Hinblick auf die kommenden Verhandlungen ein und präsentierte Ergebnisse einer breit angelegten Mitgliederumfrage (nahezu 1.800 Rückmeldungen).

Im Mittelpunkt der Rückmeldungen: wirksame Entgeltzuwächse, Höhergruppierungen auf Grundlage realitätsgerechter Arbeitsplatzbeschreibungen sowie verlässliche Entlastungs- und Gesundheitsbausteine. Die Versammlung betonte, dass Tarif- und Besoldungsfragen zusammengedacht werden müssen – Wirkungsgleichheit bleibt der Maßstab.

Anträge für den Landesdelegiertentag

Die Delegierten verabschiedeten ein Antragspaket, das spürbar im Alltag ansetzt und die Attraktivität des Arbeitgebers erhöht. Kern ist eine moderne Arbeitszeit- und Lebensphasenpolitik:

- Die bedingungslose Teilzeit soll Beamtinnen und Beamten echte Wahlfreiheit geben.
- Sabbatjahr-Modelle für alle Statusgruppen schaffen planbare Auszeiten für Gesundheit, Qualifizierung oder familiäre Gründe.
- Die Wiedereinführung der Altersteilzeit ermöglicht einen geordneten, gesundheitsgerechten Übergang und sichert Wissenstransfer.

Im Bereich Gesundheit/Fürsorge setzt die BZG auf Präventionskuren als verlässliche Anspruchsleistung und eine Zeitguttschrift für Blutspenden (bis zu vier Vollblutspenden pro Jahr, je drei Stunden), um Resilienz und gesellschaftliches Engagement konkret zu unterstützen.

Beim Thema Sicherheit und Ausstattung fordert die BZG Westhessen Stichtschutz als alltagstauglichen Standard, inklusive adäquatem Schutz sensibler Körperbereiche.

Einsätze sollen finanziell realistischer hinterlegt werden – mit höheren, dynamisierten Verpflegungspauschalen, die tatsächliche Kosten abbilden. Ausbildung wird aufgewertet: Für die Betreuung von Praktikantinnen und Praktikanten ist eine zusätzliche Dienstbefreiung vorgesehen.



in Westhessen



#immerda

Tarifbezogene Forderungen

Für Tarifbeschäftigte verlangt Westhessen ein Personalentwicklungskonzept (PEK-T) mit klaren Karrierepfaden, Qualifizierungsangeboten und Evaluation – analog zur Systematik im gehobenen Dienst.

Finanzielle Bausteine wie erhöhte vermögenswirksame Leistungen sollen spürbar zur Bindung beitragen. Moderne Mobilität wird durch JobRad/Dienstradleasing sowie die Ausweitung des Landestickets zum Deutschlandticket gestärkt – praktikabel für Schicht-, Lehrgangs- und Versetzungswege.

Bei Zugang und Gleichbehandlung fordert die BZG Sonderurlaub bei Niederkunft der (außerehelichen) Lebensgefährtin. Ziel ist eine diskriminierungsfreie

Regelung. In Summe ergibt sich ein kohärentes Programm: Vereinbarkeit stärken, Gesundheit schützen, Sicherheit verbessern, Ausbildung anerkennen, Entwicklung planbar machen und finanzielle Attraktivität erhöhen – für Tarifbeschäftigte ebenso wie für Beamtinnen und Beamte.

Ausblick: Vom Beschluss zur Wirkung – und Westhessen bleibt dran.

Die Bezirksgruppe richtet den Blick nun auf Landtag und Haushaltsgesetzgeber:

Bei der Besoldung erwartet Westhessen zeitnahe, belastbare Vorschläge und einen klaren Fahrplan.

Tarifseitig wird die Tarifaufeinandersetzung mit aller Kraft unterstützt. Organisatorisch werden Arbeitszeitmodelle, Prävention, Ausstattung und Ausbildung in den Gremien nachgehalten.

Die Angebote im Report/Newsletter und unseren digitalen Kanälen sollen durch Präsenz auf den Dienststellen ausgebaut werden.

Die Botschaft nach diesem Delegiertentag:

Westhessen geht gestärkt in die nächste Runde – mit einem handfesten Programm, klaren Prioritäten und breiter Legitimation aus der Fläche.

Die Kombination aus klarer Besoldungs- und Tariflinie, konkreten Verbesserungen im Dienstalltag und verbindlicher Umsetzungskultur macht den Unterschied.

Wir bleiben hörbar, sichtbar, umsetzungsstark – und damit, was uns bei allen Mitgliedern auszeichnet:

#immerda. ■

Sebastian Schubert

LANDESFACHAUSSCHUSS KRIMINALPOLIZEI TAGTE

Am 02.12.2025 traf sich der Landesfachausschuss Kriminalpolizei in der Geschäftsstelle in Wiesbaden zu seiner regelmäßigen Sitzung. Ziel der Gründung ist und war, die kriminalpolizeilichen Themen aus Gewerkschaftssicht fachlich zu betrachten, zu bewerten, um im besten Fall so Verbesserungen für die Beschäftigten erreichen zu können. Neben den anderen Sparten soll auch den Beschäftigten der Kriminalpolizei innerhalb der Gewerkschaft gleichberechtigt eine deutliche Stimme verliehen werden.

Zunächst wurde die Tätigkeit des noch jungen Fachausschusses im vergangenen Jahr durch dessen Sprecher Peter Vitze beleuchtet. Nach der Gründung im November 2024 konnte im März 2025 das „Symposium Cybercrime“ in Hofheim durchgeführt werden. Es war eine sehr gute Veranstaltung, wir haben bereits darüber ausführlich berichtet.

Bestimmendes Thema im letzten Jahr war das Projekt P 25. Hierzu wurde im September mit dem Landesfachausschuss Kriminalpolizei der GdP aus Rheinland-Pfalz Kontakt aufgenommen. Dort wurde ein ähnliches Projekt (KriBe 5.0) bereits umgesetzt. Es kam hier zum Erfahrungsaustausch mit den Kollegen jenseits des Rheins, welcher in Zukunft fortgesetzt werden soll.

Themenschwerpunkte der aktuellen Sitzung waren u.a. der Wegfall von Funktionsstellen, Ungewissheiten bei der zukünftigen Verwendung bei Kolleginnen und Kollegen in einzelnen Bereichen, generelle Problematiken bei der Zentralisierung.



Auch die Schnittstellen mit dem Wechselschichtdienst, Fachkarrieren, JULIUS vs. -VS nFD-, Desksharing, sowie Schwellenwerte beim Deliktskatalog. Der Landesfachausschuss positioniert sich klar:

Der Stellenplan darf sich nach der Umsetzung von P 25 nicht ändern! Es muss zeitnah ein Konzept „Fachkarrieren“ geben!

Bezüglich eines zukünftigen Modells „Desksharing“ muss Transparenz geschaffen werden!

Als Gast an der Sitzung nahm Daniel Klimpke teil, der über aktuelle kriminalpolizeiliche Themen aus dem Hauptpersonalrat berichtete. Als Vertreter für Lars Elsebach (BFA Kripo) zur Teilnahme an deren Sitzungen erklärte sich Peter Vitze bereit.

Der Landesfachausschuss wird zukünftig zwei Mal pro Jahr tagen, die nächsten Sitzungen sind terminiert. ■

Peter Vitze

WESTHESSEN #IMMERDA – EIN RÜCKBLICK

Die Bezirksgruppe Westhessen hat in den vergangenen vier Jahren ihren Kurs eingehalten. Kampf für mehr Bezahlung (Tarif, gerechte Besoldung, Zulagen), Entwicklung einer neuen Kampagnenstärke und Sichtbarkeit. Wir haben die Personalratswahl erfolgreich bestritten, unsere Mitgliederbetreuung vor Ort ausgebaut (Einsatzbetreuung G7/EURO 2024, Willkommenspakete, starke Seminarlinie) und die Kommunikation mit einem Julius-Kanal auf Echtzeit gestellt.



Bild: Wirtig

Die DV 16/S25/P25 konstruktiv-kritisch begleitet, Strukturen konsolidiert (KG-Fusionen, Quartalsturnus). Ein leichter Mitgliederzuwachs belegt: Westhessen liefert – hörbar, sichtbar, umsetzungsstark.

Kampf um Lohn, Besoldung und Zulage

Dies ist ein Kernthema von uns. Seit 2021 haben wir die Kampagnen zu den Tarifverhandlungen im TV-H/TVöD mit eigener Mobilisierung und Teilnahme am Arbeitskampf unterstützt. Auch die Kampagne „Gerechte Besoldung jetzt!“ (seit 2022) griffen wir auf und kritisierten die Unteralimentation, machten Druck und standen 2025 beim #Sonderopfer sichtbar auf der Straße.

So erfolglos der Kampf gegen die Verschiebung der Besoldungserhöhung war, so gab es doch auf anderer Seite Verbesserungen: Die Angriffsentschädigung (2.000 €) wurde eingeführt und wir halfen bei der Beantragung den Mitgliedern.

Die Polizeizulage wurde erhöht, allerdings nicht auf Bundesniveau und ohne Wiederherstellung der Ruhegehaltsfähigkeit. Ebenfalls relevant: die +25% Erschwerniszulagen (DuZ u. a.) und eine Zulage für KiPo-Ermittlungen – Schritte, die wir gefordert und begrüßt haben.

Kurz: Wir haben Druck gemacht, erklärt und sind drangeblieben, damit die Themen auch „unten“ ankommen.

Kampagne und Kommunikation

Wir haben Kampagnenfähigkeit mit klaren Botschaften und moderner Kommunikation verzahnt: Wir unterstützten „Keine Gewalt gegen Einsatzkräfte“ mit Aktionstagen, starken Bildern und konkreten Forderungen und waren beim #Sonderopfer präsent – mit Demos, Mahnwachen und Begleitung rund um Haushaltslesungen.

Hier entwickelten wir uns kreativ weiter und kommunizierten in Echtzeit: Julius-Kanal für Push-Infos in die Dienststellen, Newsletter, der Polizei-Report für

Tiefe. Einheitliche Visuals, kurze Videos und interessante Infos sorgten für Reichweite. Das Ergebnis dieser Vorreiterrolle: kampagnenstarke Präsenz, konsistente Botschaften – und Mitglieder, die informiert, ansprechbar und mobilisierbar sind.

Personalratswahl 2024

Wir nutzten unsere Kampagnenideen bereits für die PR-Wahl 2024: Ziele, Botschaften, Visuals, Präsenz in den Dienststellen. Das Ergebnis war trotz großer Konkurrenz respektabel, die Wahlbeteiligung sogar höher als zuvor; zugleich haben wir aus den Ergebnissen ehrlich gelernt. Hier besonders stark: Daniel Klimpke übernahm den HPR-Vorsitz. Auf örtlicher Ebene konnten Wulf Baltruschat, Sebastian Schubert und Markus Heiß in die Freistellung gehen. Das zeigt: Wir gewinnen Mandate und bringen Gewerkschaftspolitik in die in die Entscheidungsebenen im Personalrat – kein Selbstzweck, sondern Hebel für bessere Rahmenbedingungen.

Service und Mitgliederbindung

Mitgliederbindung passiert im Alltag: Wir haben Einsatzbetreuung organisiert unerheblich ob AfD-Demonstrationen, große Kontrollstellen, Einsätze zu Festen, Fußball in der BRITA-Arena, von der G7-Lage bis zur UEFA EURO 2024 in Frankfurt (Verpflegungspunkte, mobile Teams, Rückzugsbereiche).

Wir waren überall präsent. Wir haben „Neue“ mit einem Willkommenspaket begrüßt. Frisch gebackene Eltern erhalten ein Geburtspräsent und zu den Weltfrauentagen haben wir uns immer eine schöne Aktion zur Wertschätzung unserer Kolleginnen überlegt.

Wir haben Seminare zu echten Bedarfslagen angeboten: Disziplinarverfahren – was nun?, Polizei und das eigene Recht am Bild, Polizeibeschäftigte als Zeugen vor Gericht (mit Justiz-Praxis), Mimik I/II, Pfllege/Beihilfe – was nun?!, sowie Fahr-

und Sicherheitstrainings (Pkw/Motorrad, auch für den Seniorenbereich).

Auch im Seniorenbereich haben wir das Netzwerk zu den anderen Bezirksgruppen HPE und PZBH ausgeweitet.

Erfolge und Wirkung

Begleitet haben uns einige große Projekte in unserer Behörde: Mit der DV 16 (u. a. Schichtplanung, Rufbereitschaften) haben wir die Einführung transparent begleitet – mit Teil-Personalversammlungen, in unzähligen Verhandlungsrunden mit der Behördenleitung haben wir Verbesserungen der Regelungen des „RUDI-Faktor“, zu Mindestwachstärken und verbindlicher dienstfreier Zeit erreicht. Zugleich haben wir das landesweite „Folgeprojekt“ der DV16, S25 – Streifendienst 25, kritisch flankiert.

Intern haben wir uns einen neuen Rhythmus gesetzt: 15 Vorstandssitzungen plus Klausur seit 2021, rotierend in Dienststellen und hybrid – das hat die Zusammenarbeit im Vorstand nachhaltig gestärkt. Strukturell haben wir die KG Bad Homburg + Usingen zur KG Hochtaunus fusioniert und die KG PAST an die KG Wiesbaden angeschlossen – mit intensiver Mitgliederbeteiligung und weiter gesicherter PAST-Repräsentanz im Bezirk.

Der Mitgliedertrend ist positiv – von 1.538 (01/2021) auf 1.603 (09/2025). Das kommt nicht von alleine, sondern von verlässlicher Präsenz, Service-Leistung und klarer Sprache.

Ausblick

Mit dem Blick nach vorn ist klar: 2026 wird ein entscheidendes Jahr – tarifpolitisch wie besoldungsrechtlich.

In der anstehenden TV-H-Tarifrunde erwarten wir ein Ergebnis, das spürbar in der Fläche ankommt – und wir werden konsequent darauf drängen, dass Verbesserungen zeit- und inhaltsgleich auf Beamtinnen und Beamte sowie Versorgungsempfänger übertragen werden. Gleichzeitig verschärft die aktuelle Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts den Handlungsdruck:

Verfassungsgemäße Besoldung ist keine Option, sondern Pflicht – und Hessen wird sich daran messen lassen müssen, ob es rechtssicher, transparent und ohne weitere Verzögerungen nachsteuert.

Westhessen bleibt dabei weiterhin das, was uns auszeichnet: wachsam, präsent und sichtbar. ■

Sebastian Schubert

MIT ZUVERSICHT UND ENGAGEMENT INS JAHR 2026

Die JUNGE GRUPPE (GdP) blickt nach einer konstruktiven Vorstandssitzung Mitte Dezember 2025 mit Zuversicht und Tatendrang auf das Jahr 2026. In der Sitzung wurden zahlreiche Projekte und Vorhaben beschlossen, die die vielfältige und praxisnahe Arbeit auch im kommenden Jahr weiter stärken sollen.

Ein bewährtes Angebot wird auch 2026 fortgeführt: Das Motorradtraining der JUNGEN GRUPPE (GdP) soll bereits zum dritten Mal stattfinden. Die hohe Nachfrage und die positiven Rückmeldungen aus den vergangenen Jahren bestätigen den Mehrwert dieses Formats, das sowohl die fahrerische Sicherheit als auch den kollegialen Austausch in den Mittelpunkt stellt.

Darüber hinaus ist für den Sommer 2026 ein Seminar zur professionellen Videoerstellung geplant. Thematisch wird es um die zeitgemäße Aufbereitung von Inhalten für soziale Medien wie Instagram gehen.

Ziel ist es, den Teilnehmenden grundlegende Kenntnisse und praktische Fähigkeiten zu vermitteln, um die Öffentlichkeitsarbeit der JUNGEN GRUPPE (GdP) modern, authentisch und zielgruppengerecht zu gestalten.



Auch bei den Einstellungsterminen im Februar und September 2026 wird sich die JUNGE GRUPPE aktiv einbringen.

An allen Standorten der Hochschule für Polizei und Verwaltung (HöMS) in Hessen werden Vertreterinnen und Vertreter der JUNGEN GRUPPE (GdP) präsent sein, um die neuen Anwärterinnen und Anwärter willkommen zu heißen, zu informieren und frühzeitig für gewerkschaftliche Jugendarbeit zu sensibilisieren.

Ein weiterer Schwerpunkt im Jahr 2026 wird die Durchführung der Landesjugendvorstandssitzungen an wechselnden Orten in ganz Hessen sein. Damit soll die landesweite Vernetzung weiter ausgebaut und der direkte Austausch mit den Mitgliedern vor Ort gestärkt werden.

Nach der Wahl des neuen Landesjugendvorstandes im September 2025 richtet sich der Blick nun geschlossen nach vorn.

Mit neuen Impulsen, klaren Zielen und großer Motivation geht die JUNGE GRUPPE (GdP) in das Jahr 2026 und setzt sich

Mein Name ist Lukas Brauer, Vorsitzender der Junge Gruppe Hessen

Ich habe von 2018 bis 2021 das K-Studium an der (damals noch) HfPV in Kassel durchgeführt. Anschließend ging es für mich von 2021 bis 2023 nach Korbach zum K20 (Betrug). Danach von 2023 bis jetzt nach Kassel in die KD zum K35, wo ich erst in der EG Raub war und zur Zeit in der EG MIT arbeite. Gewerkschaftlich bin ich seit 2020 in der BZG Nordhessen aktiv, erst als Vertreter der Jungen Gruppe im Bezirksgruppenvorstand, dann ab 2024 zum Landesvorsitzenden der JG Hessen gewählt und im September 2025 im Amt bestätigt. Seit Amtseinführung auch Mitglied des Bundesjugendvorstandes.

weiterhin engagiert für die Interessen junger Kolleginnen und Kollegen ein.

Leserinnen und Leser, die Anregungen haben oder den Kontakt zur JUNGEN GRUPPE (GdP) suchen, können sich gerne über folgende Kontaktadressen bei uns oder mir persönlich melden:

hessen@gdp-jg.de oder
lukas.brauer@gdp.de

Lukas Brauer

Bild: Brauer



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen der Bezirksgruppen Westhessen, Polizeizentralbehörden und Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz in der Gewerkschaft der Polizei und der PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

Für den Großraum Wiesbaden – Rheingau-Taunus – Hochtaunus – Main-Taunus und Limburg-Weilburg.

Für die Polizeizentralbehörden Hessen mit HLKA, HMdI, HPA und HPT und das Hessische Polizeipräsidium für Einsatz mit der Wasserschutzpolizeiabteilung, Polizeifliegerstaffel und den Standorten in Kassel, Lich, Mühlheim/M., Wiesbaden, Egelsbach und der Polizeireiterstaffel Hessen.

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud, B. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Stephan Buschhaus, Oliver Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Gewerkschaft der Polizei, BZG Westhessen
Konrad-Adenauer-Ring 51, 65187 Wiesbaden
Gewerkschaft der Polizei, BZG Polizeizentralbehörden,
Schönbergstr. 100, 65199 Wiesbaden
BZG Hessisches Polizeipräsidium für Einsatz, c/o Jens
Mohrherr, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
Gesamtredaktion: peter.wittig@gdp.de

Druck und Verarbeitung:

Saxoprint GmbH, Enderstr. 92c, 01277 Dresden

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.
Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet.

Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar.

Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über.

Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.
(ISSN 0937-535 X)

VON EINEM ABSCHIED, NEUBEGINN UND POPCORN

WER SICH VON DER ÜBERSCHRIFT HAT VERFÜHREN LASSEN, LIEST GERNE WEITER

Es ging heiß her zum Jahresende in der Kreisgruppe Main-Taunus. Am 18. November 2025 fand sich eine stattliche Anzahl an Mitgliedern zur Jahreshauptversammlung in der Panorama Bar in Hofheim ein. Es war ein denkwürdiger Abend – sowohl aus ernsten, als auch aus heiteren Gründen. Denn wie es sich gehört, hatte diese Sitzung einige Besonderheiten zu bieten, die es definitiv wert waren, festgehalten zu werden.

Wie auch in den letzten Jahren üblich, eröffnete der Vorsitzende, Wulf „Balli“ Baltruschat, die Sitzung und führte mit seiner gewohnt lockeren Art durch die Tagesordnung. Und auch hier wie üblich, vogelwild und für die Schriftführerin Simone Sieger ohne erkennbares Skript.

Doch gerade dieses unkonventionelle Vorgehen brachte nicht nur manche Anekdote, sondern auch viele Lacher hervor.

Ballis Schilderungen über das vergangene Jahr waren nicht nur gehaltvoll, sondern auch schlagfertig und für so manchen Kommentar reichlich gespickt.

Manchmal konnte man fast meinen, er hätte das Handbuch für spontane Reden noch nie gesehen – aber genau das war ja auch das Besondere an ihm.

Natürlich gehörte auch ein würdiger Rahmen zur Jahreshauptversammlung dazu: die Ehrung der Mitglieder, die sich über Jahrzehnte hinweg der Gewerkschaft der Polizei verbunden haben.

Diesmal gab es besonderen Applaus für:

- 25 Jahre GdP: Katja Poppe
- 40 Jahre GdP: Karl Spengler
- 50 Jahre GdP: Wolfgang Kügel und Christian Liebs
- 60 Jahre GdP: Horst Schwabenland
- 62 Jahre GdP: Gerhard Kauffeld

Balli überreichte nicht nur eine Urkunde und eine GdP-Nadel, sondern auch Leckereien vom ortsansässigen Obsthof ...

Doch der Moment, der den meisten auf der Versammlung wohl unter den Nägeln brannte, war die Verabschiedung des langjährigen Vorsitzenden selbst.

Im kommenden Jahr wird Balli in den wohlverdienten Ruhestand treten, was für die Mitglieder der Kreisgruppe Main-Taunus eine gewaltige Veränderung bedeutet.

Mit einem lachenden und einem weinenden Auge legte er sein Amt nieder und

blickte auf die vergangenen Jahre zurück, die von vielen Höhen und einigen ebenso vielen humorvollen Momenten geprägt waren. Heute sollte also Schluss sein und es war klar:

Es würde nicht nur ein funktionales, sondern auch ein menschlich bereicherndes Kapitel geschlossen.

Nach diesem Moment mussten sich die Mitglieder kurz schütteln und bereit machen für den nächsten Höhepunkt – die Neuwahlen des Vorstandes!

Einstimmig wurde Peter Vitze (auch als „VitzePeter“ bekannt) zum neuen Vorsitzenden gewählt. Und natürlich ließ er sich es nicht nehmen, in seiner ersten Ansprache einen Blick auf das Leben von Balli zu werfen und dabei so manche Anekdote aus den letzten Jahren zum Besten zu geben.



Peter Vitze
Der neue Kreisgruppenvorsitzende

Wie zum Beispiel das Grillen von Popcorn an der heimischen Feuerstelle oder Ballis Suche nach der Traumfigur und dem Verzehr diverser Almased-Kuren.

Es gibt auch die Geschichte mit den fünf Tüten Cheeseburger, die Balli via Taxi zu einem GdP-Abend hatte liefern lassen.

Ja, ein Unikat ist er, der Hofheimer, der über sich selbst am lautesten lachen kann und mit fast 60 Jahren noch immer für jede Schandtat bereit ist.

Ein Dankeschön zum Abschied

Und natürlich durfte auch das Dankeschön für seine jahrelange Vorstandsarbeit nicht fehlen:

Überreicht wurden ein Fresskorb, ein paar Laufschuhe und ein gelbes „SpongeBob“-Shirt (Bild oben), das zu diesem Zeitpunkt wohl als der ungewöhnlichste Dank für langjährige GdP-Tätigkeit in die Geschichte eingehen wird.



Alle Bilder: GdP/MT

Die Sitzung endete mit einem herzlichen und wohlverdienten Applaus für die neue Führung. Peter Vitze und sein Team stehen nun in den Startlöchern, um die erfolgreiche Arbeit von Balli fortzuführen und neue Impulse zu setzen.

Und so beendete Peter den offiziellen Teil der Versammlung – doch ein Satz, der vielleicht als Motto für die kommenden Jahre dienen könnte, hallte durch die Räume: „Sponge over.“

Eine klare Ansage, dass zwar ein Kapitel zu Ende geht, aber der Spaß, die Herausforderungen und die Schaffenskraft keineswegs enden müssen.

Simone Sieger

Die Ehrungen der treuen Mitglieder



Katja Poppe



Karl Spengler



Wolfgang Kügel



Christian Liebs



Gerhard Kauffeld



H. Schwabenland

ENGAGEMENT UND ERFOLG ERZEUGEN NACHFRAGE

DAS SEMINAR „VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND“ HAT REGEN ZUSPRUCH

Seit über 10 Jahren bietet die Seniorengruppe der GdP Hessen das Seminar „Vorbereitung auf den Ruhestand“ in unterschiedlicher Form an. Nicht zuletzt durch die geburtenstarken Jahrgänge nahm die Nachfrage zu unserem Seminar stetig zu. In diesem Jahr hatten wir die erste Gruppe im Frühjahr in Willingshausen-Zella zu Gast.



Bilder: GdP SG/Bechtel

Schon vor Beginn war klar, dass das Seminar im September wieder ausgebucht war und eine Warteliste für die nächsten Termine bestand. Somit hatten wir die spontane Idee, noch im Herbst ein drittes Seminar anzubieten. Es war keine Überraschung, dass nach der Ankündigung auch dieses dritte Seminar komplett ausgebucht war.

Was bieten wir den Teilnehmenden an?

Im September begann das Seminar mit einer Betrachtung von Bernd Braun, unserem Landesseniorenvorsitzenden, der auch aus seiner dienstlichen Tätigkeit eine große Erfahrung als Coach und Teamer mitbringt. Bernd stellte den Seminarteilnehmern die Frage, was sie vom Ruhestand erwarten und welche Pläne sie haben. Die Antworten waren sehr unterschiedlich. Viele sind froh, es „endlich geschafft“ zu haben, andere haben schon während ihrer Berufstätigkeit Pläne für „danach“ geschmiedet und sich darauf vorbereitet.

Gesundheit im dritten Lebensabschnitt

Ein weiterer fest gesetzter Baustein ist ein Vortrag über Möglichkeiten, wie man die eigene Gesundheit im dritten Lebensabschnitt am besten pflegt.

Wir engagieren dafür Mediziner und können dabei auf zwei Dozenten zurückgreifen, deren Vorträge den Blickwinkel erweitern, die keinen erzieherischen Anspruch haben und nebenbei auch unterhaltsam sind.

Mit Dr. Klaus Edel und Dr. Markus Schimmelpfennig haben wir diese Ausnahmetalente gefunden. Klaus Edel ist der Chefarzt der Prävention im Herzkreislauf-Zentrum in Rotenburg an der Fulda und Markus Schimmelpfennig war stellvertretender Leiter des Gesundheitsamts der Region Kassel.

Was wir als festen „Part“ in unseren Seminaren einplanen, ist das Thema „Beihilfe“. Auch hier haben wir einen erfahre-

nen Dozenten in unserem Team, Gerhard Kaiser. Er war bis zu seiner Pensionierung Teamleiter bei der Beihilfestelle des RP Kassel, Außenstelle Hünfeld. Gerhard vermag es, in seiner eigenen Art die Möglichkeiten und Tücken im Zusammenhang mit der Beihilfe kurzweilig aufzuzeigen.

Eine Stunde der Ruhe und Reflexion

In diesem Jahr haben wir erstmals mit Frau Domnick, einer Pfarrerin aus Frankfurt, eine Stunde eingebaut, in der die Seminarteilnehmer über ihre besonderen Erlebnisse im Dienst, die mitunter sehr prägend waren, zu sprechen.

Die Wortbeiträge waren selbstverständlich freiwillig und bezogen sich auf positive, aber auch verstörende und mitunter auch schreckliche Erlebnisse. Diese Stunde der Ruhe und Reflexion kam bei den Seminarteilnehmern sehr gut an.

Breit gefächerte Fachexpertisen

Als weiteren Coach haben wir mit Thomas Frank einen frisch pensionierten Kollegen gewinnen können, der aus seiner beruflichen Nebentätigkeit den Kolleginnen und Kollegen die Bedeutung von Versicherungen im Alter nahebringt.

Natürlich gibt es Versicherungsleistungen, die man als junger Mensch benötigt, die aber im Ruhestand entbehrlich sind.

Peter Schütrumpf von der Bundespolizei ist unser Ass im Ärmel, wenn es um die Frage von Vorsorge geht. Er ist ein Fachmann für Vorsorgevollmachten und entsprechenden Verfügungen. Peter kann immer wertvolle Tipps rund um das Thema geben und Fallstricke aufzeigen.

Nicht nur trockene Vorträge halten wir für das Seminar bereit. Wir haben in den letzten Jahren verstärkt das Landhotel Bechtel in Willingshausen-Zella gewählt.

Man könnte sagen, dass die GdP dort eine zweite Heimat gefunden hat. Zella liegt nur ein paar Kilometer von der „Schwalmmetropole“ Ziegenhain entfernt.

Mit Hans-Joachim („Urmel“) Barwe, einem echten Schwälmer Urgestein, haben wir einen Betreuer der Seminare, der sich auch um den kulturellen Teil kümmert.

Stadtrundgänge durch das historische Stadtzentrum, ein Besuch des Schwälmer Heimatmuseums und mitunter auch ein Besteigen des großen Kirchturms am Paradeplatz – mit herrlichem Rundblick über Knüll und Schwalm – sind eine wohlthuende Unterbrechung des Seminarablaufs, dessen Vorträge auch Konzentration abverlangen.

Wenn das Seminar vorbei ist, hegen einige Kolleginnen und Kollegen die Befürchtung, dass die Waage zu Hause einen Warnton abgibt. Denn die Verpflegung im Hotel Bechtel ist schon bemerkenswert, ebenso wie die Größe der Portionen.

Alte Kontakte werden erneuert

Ein schöner Nebeneffekt des Seminars ist, dass die Teilnehmenden ziemlich gleichzeitig ihren Dienst beim Land Hessen angetreten haben. Nach der Ausbildung hat man sich aus den Augen verloren und die dienstlichen Werdegänge sind sehr unterschiedlich. Wir haben schon oft ein großes Wiedersehen in unseren Seminaren miterleben dürfen.

Das nächste Seminar planen wir für das Frühjahr 2026. Teilnehmen können alle Kolleginnen und Kollegen ab 58 Jahren, die den Eintritt in den Ruhestand unmittelbar vor sich, oder aber auch schon hinter sich haben.

Anmeldungen nimmt die Geschäftsstelle der GdP Hessen in Wiesbaden über unsere Homepage entgegen. Wir freuen uns, Euch in den nächsten Seminaren bei uns begrüßen zu können. ■

Volker Zeidler

70 JAHRE GEWERKSCHAFTLICHES ENGAGEMENT

Manche Jubiläen sind mehr als nur eine Zahl. In diesem Fall blicken wir auf sagenhafte 70(!) Jahre Gewerkschaftszugehörigkeit von Edmund Letschert zurück – auch wenn zunächst von 65 Jahren ausgegangen wurde. Der Grund: Bereits im Mai 1955 trat unser Kollege in die Eisenbahngewerkschaft ein. Nach einem tieferen Blick in das Gewerkschaftsarchiv wurde die Vorzeit angerechnet und macht das außergewöhnliche Jubiläum komplett.

Nach seinem damaligen Wechsel von der Deutschen Bahn zur hessischen Polizei im Jahr 1963 begann seine Laufbahn zunächst in der Landeshauptstadt Wiesbaden als Polizeihauptwachmeister.

Es folgten danach weitere Stationen in Usingen, die Ernennung zum Polizeikommissar 1969, sowie weitere Beförderungen. 1974 übernahm Edmund in Weilburg den Vorsitz des örtlichen Personalrats.



Edmund Letschert
70 Jahre GdP-Mitglied



Herzliche Gratulation
Gernot Lehr (li.) und Falko Sonnenkalb (re.) gratulieren

Bilder: GdP HT

Ab 1979 war er dann wieder im Hochtaunuskreis tätig, unter anderem als Verkehrssachbearbeiter.

1989 wurde er schließlich Dienststellenleiter der Polizeistation Usingen, woraus dann 1993 die Beförderung in das Spitzenamt A13 folgte. 1999 ging er in den verdienten Ruhestand – seiner Gewerkschaft GdP blieb er weiterhin bis heute verbunden.

Lieber Edmund,
für diesen außergewöhnlichen Weg, für Deine jahrzehntelange Verbundenheit und für Dein Wirken sagen wir von ganzem Herzen Danke.

Wir gratulieren herzlich zu 70 Jahren Gewerkschaftsmitgliedschaft und wünschen Dir weiterhin Gesundheit, Zufriedenheit und viele gute Begegnungen. ■

Gernot Lehr

FRITZ VETTER–EIN AUSSERGEWÖHLICHER GEBURTSTAG

Es waren nicht die „Heiligen drei Könige“, die sich am 4. Advent des Jahres 2025 auf dem Weg zu einem Seniorenheim in der Nähe der Frankfurter Messe machten. Mike Messer, Seniorenvorsitzender der GdP-BZG Westhessen, Peter Vitze, „frischgebackener“ Vorsitzender der KG MTK und Karl Spengler, „Senioren-Jupp“ der KG Main-Taunus machten Friedrich (Fritz) Vetter ihre Aufwartung zu dessen 95. Geburtstag. Im Gepäck geistige Getränke einer Krifteler Brennerei.

Fritz wurde am 21.12.1930 in Höchst an der Nidder im Büdinger Land geboren.

Nach der Schule beginnt er im Juni 1945 eine Maurerlehre und tritt 1946 in die Industriegewerkschaft Bau Steine Erden ein. Nach der Lehre wäre Fritz eigentlich lieber Feuerwehrmann in Frankfurt geworden. Das klappte damals nicht, aber man machte ihn darauf aufmerksam, dass die Polizei dringend Leute suchte und so rückte er am 23.06.52 in die 3. Hu der Bereitschaftspolizei in Hofgeismar ein.

Bei seinem Eintritt in die Polizei wechselte Fritz in die ÖTV und später in die GdP. Er dürfte damit zu Hessens dienstältesten Gewerkschaftern gehören.

Dem aufmerksamen Leser wird nicht entgangen sein, dass Fritz nächstes Jahr



unfassbares 80-jähriges Gewerkschaftsjubiläum begehen wird.

Fritz schwelgte bei unserem Besuch voller Begeisterung in Erinnerungen an viele Erlebnisse. Der Straßenstrich an der Messe, wo jede Prostituierte an ihrer eigenen Pappel stand, oder die hübsche Claudia mit ihren langen blonden Haaren, die eigentlich Klaus hieß.

Nach mehreren Stationen, u.a. das 13. Polizeirevier in Frankfurt, bekam Fritz die Chance den „Wanninger-Lehrgang“ zu besuchen. Das war ein verkürzter PK-Lehrgang für bewährte Beamte des mittleren Dienstes.

Nach dem PK-Lehrgang war er DGL und EGL bei der Pst. Hofheim, bis er dann 1980 Leiter EO bei der Pst. Eschborn un-

ter dem legendären Roland Noll und zum 01.01.1990 pensioniert wurde.

In Kelkheim hatte sich eine Gruppe von Ruheständlern etabliert, wo die Mitgliedschaft in der GdP erwünscht, aber keine Voraussetzung war. Initiatoren waren Josef Becker und Josef Gehring.

Die familiären Weihnachtsfeiern fanden in der Kantine des Kelkheimer Rathauses statt. Hartmut Wittekind führte diese sehr beliebten Veranstaltungen bis zur organisatorischen Übernahme durch die Direktion West bzw. Polizeidirektion Main-Taunus weiter.

Nach Gründung des PP Westhessen kam Fritz über Jürgen Aschenbrenner mit Heinz Pult in Kontakt und es gründete sich 2005 ein Seniorenvorstand der GdP-Bezirksgruppe Westhessen und Fritz übernahm bis 2017 den Posten des Schriftführers.

Nach dem Tod seiner Ehefrau Irma im Oktober 2019 zog Fritz von Schwalbach nach Frankfurt in die Senioren-Residenz am Rebstock – in seinen alten Dienstbezirk des 13. Reviers.

Fritz hat altersgemäße „Zipperlein“ und wir hoffen, dass wir ihn im Sommer mit einer Urkunde zum 80-jährigen Gewerkschafts-Jubiläum besuchen können. ■

Karl Spengler

Bild: GdP MT

VERANSTALTUNGEN IN DER KG LIMBURG-WEILBURG

Am 31.10.2025 fand in den Räumlichkeiten des Nassauer Hofes in Elz die diesjährige Jahreshauptversammlung unserer Kreisgruppe statt. Aufgrund des regen Interesses mussten vor Beginn weitere Tische und Stühle gestellt werden. Nachdem alle einen Platz gefunden hatten, konnte es mit der Begrüßung durch den Vorsitzenden losgehen. Zunächst wurde die Beschlussfähigkeit festgestellt und das Protokoll der Jahreshauptversammlung aus dem Vorjahr genehmigt. Es gab keine Änderungsanträge zur Tagesordnung.

Da keine GdP-Mitgliedschaft durch Ableben beendet wurde, konnten wir auf ein Totengedenken verzichten. Im Bericht des Vorsitzenden Alexander Rödiger wurden die verschiedenen Aktivitäten im vergangenen Jahr nochmals dargestellt.

Es gab eine Unterschriftenaktion gegen die Verschiebung der Besoldungserhöhung. Das traditionelle Doppelkopfturnier, mit einem Überraschungssieger, wurde ausgerichtet. Man beteiligte sich an einem Gewinnspiel zum Weltfrauentag und konnte eine Streikbeteiligung bei den Tarifverhandlungen zum TVöD verzeichnen.

Das Sommerfest, inklusive Rundflüge, war wohl das Highlight des vergangenen Jahres. Weiterhin unterstützten wir die Polizeidirektion mit zwei Heißgetränke-

spendern, vier Einsatztaschen und mit Bratwürstchen und Fitness-Riegel am Gesundheitstag.

Ehrungen für langjährige Mitglieder

Aus dem Vorstand der Kreisgruppe konnten geehrt werden:

- Sebastian Pistor für 25 Jahre in der GdP (unten rechts)
- Bernd Wüst für 40 Jahre in der GdP (unten mitte)

Weiterhin schieden auf eigenen Wunsch unser Schriftführer Thorsten Schäfer (unten links) und unser stellvertretender Kassierer Lukas Kremer nach langer vertrauenswürdiger Zusammenarbeit aus dem Vorstand aus. Beide wurden von uns auch entsprechend geehrt. Wir wünschen beiden weiterhin alles Gute.

Bernd Wüst verlas im Anschluss den Kassenbericht. Die Kasse wurde durch Britta Roßbach und Anette Maaß geprüft.

Dem Kassierer wurde eine überaus korrekte Kassenführung bescheinigt. Der Antrag auf Entlastung des gesamten Vorstands wurde von der Versammlung einstimmig erteilt.

Danach wurde sich erstmal mit einem gemeinsamen Mittagessen gestärkt.

Nachwahlen im Vorstand

Anschließend wurde Anette Maaß einstimmig, bei eigener Enthaltung, zur neuen Schriftführerin gewählt. Als neue Kas-

senprüfer wurden Detlef Schwickert und Andre Wagner gewählt.

Danach konnte uns Daniel Klimpke interessante Einblicke in die Tätigkeit und die aktuellen Themen des Hauptpersonals geben. Er berichtete über zahlreiche Aktionen gegen die Besoldungsverschiebung und bemängelt mangelnde Beteiligung bei den Aktionen. Themen der letzten Beiratssitzung wurden dargestellt.

Zum Projekt P 25 teilte er mit, dass ein Dienortwechsel, laut LPP, nie Bestandteil der Projektplanung gewesen sei. Die Umsetzung war von vornherein auf 4-5 Jahre ausgelegt, was einen harmonischen Ablauf gewährleistet hätte. Es solle niemand gegen seinen Willen umgesetzt werden. In solchen Fällen obliege es den PD-Leitungen/OE-Leitungen, ein Angebot zu unterbreiten.

Der LPP habe eingeräumt, es wäre sinniger gewesen, P 25 und S 25 zeitgleich zu starten.

Weiterhin wurde in der Runde die Problematik mit einer KDD-Einführung und Auswirkungen auf BVD-Dienste kontrovers diskutiert. Im Anschluss wurde durch den Vorsitzenden ein Ausblick auf die Aktivitäten in den kommenden 12 Monaten gegeben und danach die Versammlung geschlossen.

Alexander Rödiger



WEITERE LIMBURGER LEGENDEN GEEHRT

Man sollte ja nicht in der Vergangenheit leben, aber etwas Wehmut darf doch erlaubt sein, wenn man an die gemeinsame Zeit im aktiven Dienst mit den hier Geehrten zurückdenkt.

Und man wünscht sich im heutigen Dienstgeschäft ein bisschen mehr Gelassenheit und Ruhe, weniger Hysterie und Verbitterung. Es kann nicht immer alles gelingen und manchmal passieren auch Fehler.

Es war schön, als man diese mit Humor und gelegentlicher Selbstironie wegmoderieren konnte. Als man Dinge auch noch vor Ort selbst regeln und entscheiden durfte. Keine permanente Standleitung zu übergeordneten Stellen zur eigenen Absolution eingerichtet war. Ist die Maschinerie einmal in Gang gesetzt, hält sie niemand mehr auf. Wer es versucht, klemmt sich gewaltig die Finger. Die alten Zeiten sind vorbei.

Doch die Erinnerung bleibt erhalten.

Alexander Rödiger



JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG DER KG WIESBADEN

Ziemlich genau ein Jahr nach der letzten Versammlung lud der Vorstand seine Mitglieder erneut zur Zusammenkunft ein. Sie fand am 11. November in den Konferenz-Räumlichkeiten der HöMS statt. 30 Mitglieder folgten der Einladung und freuten sich, wieder an einer Kreisgruppenveranstaltung teilnehmen zu können und dort alte Bekannte und Freunde wieder zu treffen. Auch wenn die pensionierten Mitglieder der Kreisgruppe auf der Jahreshauptversammlung in großer Mehrheit waren, freuten wir uns sieben aktive Mitglieder an diesem Tage begrüßen zu dürfen.



Bilder: GdP Wi.

Bereits vor Beginn kam es zu interessanten Gesprächen unter „Kollegen von früher“, bis der Vorsitzende Stefan Krollmann die Versammlung um 11:11 Uhr mit einem lauten „Helau“ eröffnete.

Ganz traditionell wurden nach der Konstituierung der Versammlung zunächst die seit der letzten Jahreshauptversammlung im Dezember 2024 verstorbenen Kreisgruppenmitglieder geehrt.

Alle Anwesenden hielten für

- *Horst-Lüder Tacht*
- *Paul Solty*
- *Walter Follricht*
- *Martin Schneider und*
- *Sybille Schönberger*

einen Moment inne.

Stefan Krollmann setzte die Veranstaltung anschließend fort und begann aus dem Tätigkeitsbericht der GdP Hessen zu referieren. Dazu holte sich die Kreisgruppe Wiesbaden Experten hinzu, die zu einigen Themen ergänzend berichteten.

Sebastian Schubert, als Vorsitzender der Bezirksgruppe und stellvertretender Vorsitzender des örtlichen Personalrats Westhessen, sowie Daniel Klimpke als Vorsitzender des Hauptpersonalrates und der GdP-Kreisgruppe Rheingau-Taunus waren Ehrengäste dieser Veranstaltung.

Gebühr bei Hochrisiko-Fußballspielen

Zu Beginn befasste sich die Versammlung mit der zunehmenden ausschreitenden Gewalt in deutschen Fußballstadien. Am 14. Januar 2025 sprach das BVerfG sein Urteil zum sog. „Bremer Modell“.

Zehn Jahre dauerte der Rechtsstreit zwischen dem Land Bremen und der DFL. Der Ursprung liegt in der Erhebung einer Gebühr an die DFL für Hochrisikospiele. Dagegen klagte die DFL, erfreulicherweise für die Polizeien der Länder erfolglos.

Das BVerfG stellte nach zehn Jahren fest, dass eine Erhebung einer Gebühr über die Mehrkosten bei risikobehafteten Spielen im Vergleich zu „normalen“ Spielen mit dem Grundgesetz vereinbar sei.

Der Vorsitzende der GdP Bund äußerte hierzu, dass „die Entscheidung ein Präzedenzfall für ganz Deutschland sein wird. Nicht nur bei Fußballspielen, sondern auch bei kommerziellen Großveranstaltungen mit Konfliktpotenzial“.

Gleichzeitig mahnte er jedoch, dass sichergestellt werden muss, dass die Gelder tatsächlich der Polizei zugutekommen.

Verfassungswidrige Besoldung

Nach wie vor warten wir alle gespannt auf ein finales Urteil des BVerfG in Karlsruhe, nachdem der VGH in Hessen bereits 2021 die verfassungswidrige Beamtenbesoldung der Vorjahre mit hoher Sicherheit feststellte. Da die Alimentation aus dem Grundgesetz hervorgeht, steht lediglich dem BVerfG ein abschließendes Urteil in dieser Thematik zu. Der VGH hat im Jahr 2021 seine Akten an diesen weitergeleitet. Als Reaktion hierzu wurden zwar bereits durch die Landesregierung die Besoldungs- und Versorgungsbezüge im Jahre 2023 und 2024 angepasst. Weiterhin wurden Familienzuschläge erhöht und Beschäftigte der Besoldungsgruppe A5 in die A6 überführt. Zusätzlich wurde 2024 verhandelt, dass die Bezüge zum 01.02.2025 zunächst um 4,8% und zum 01.08.2025 um weitere 5,5% angehoben werden sollten. Warum sollten?

Im November 2024 kam es nämlich zu dem fatalen Wortbruch der Politik gegenüber seinen Beamten. Die beschlossene Besoldungsanhebung zum 01. August 2025 wurde um vier Monate nach hinten auf den 1. Dezember verschoben.

So spart Hessen auf Kosten seiner Beamten 180 Mio. Euro ein. Trotz aufwendiger und zahlreicher Protestaktionen zu Beginn des Jahres 2025 seitens der GdP, saßen wir also am 11. November gemeinsam auf der Jahreshauptversammlung und warteten noch immer auf die zweite Besoldungsanpassung für 2025.

Nach Redaktionsschluss erreichte uns dann die Mitteilung, dass das BVerfG sein Urteil zur Verfassungswidrigkeit der Berliner Besoldung gesprochen hat. Dies wird auch Auswirkungen auf Hessen haben. Wir werden darüber berichten.

Überlastungssituation in der Polizei

Die „Saarbrücker Erklärung“ des Bundesvorstandes der GdP fand ebenfalls einen Platz im Geschäftsbericht. Am 12. März 2025 tagte der Bundesvorstand und stellte eine stark gestiegene Belastungssituation der Polizeien aller Länder fest. Im Rahmen dieser Erklärung konnten folgende Forderungen gestellt werden. Verbesserung der Arbeitsbedingungen bei Polizei und Sicherheitsbehörden durch:

- Bessere Ausstattung und Fortbildung
- Moderne Arbeitszeitmodelle
- Mehr Personal (Quereinsteiger und Spezialisten)
- Einrichtung eines Sondervermögens bzw. einer gezielten finanziellen Förderung für bundeseinheitliche qualitative Standards der Sicherheitsbehörden
- Erweiterung der Befugnisse der Sicherheitsbehörden im digitalen Raum
- Einsatz von Künstlicher Intelligenz und bessere digitale Auswertung und
- Einheitliche Standards und bessere Kooperation zwischen Bund und Ländern sowie zwischen den Polizei/Justizbehörden.

DGB Besoldungsreport 2025

Stefan Krollmann stellte Auszüge aus dem DGB-Besoldungsreport vor. Berufsanfänger im gehobenen Dienst in der Besoldungsgruppe A9 erhalten in Hessen 40.492 Euro brutto jährlich. Damit liegt Hessen lediglich im unteren Mittelfeld im bundesweiten Vergleich. Spitzenreiter sind Berlin mit 43.119 Euro und Bayern mit 43.079 Euro.

Deutlicher wird die Schiefelage jedoch, wenn man die unterschiedliche Wochenarbeitszeit berücksichtigt. In Hessen gilt weiterhin die 41-Stunden-Woche, während die Mehrheit der Bundesländer bei 40 Stunden liegt. Rechnet man dies fair auf 40 Stunden herunter, fällt Hessen mit 39.505 Euro sogar auf Platz 15 im Ländervergleich zurück.

Von 2008 bis 2025 stieg die Besoldung in der der A9 in Hessen um 52,8% – das liegt deutlich unter dem Bundesdurchschnitt von 59,0%. Zum Vergleich: Sachsen hat im gleichen Zeitraum ein Plus von 71,8%, Berlin liegt bei 67,8%.

Veranstaltungen der GdP

Anschließend berichtete Stefan über die vergangenen Veranstaltungen der GdP. Exemplarisch wurden über die kostenfreien Motorradfahrtsicherheitstrainings der Bezirksgruppe Westhessen und der JUNGE Gruppe, sowie über das 1. GdP-Darts-Turnier der Bezirksgruppe Westhessen berichtet. Gleichzeitig konnte das am 15. November stattgefundene 2. GdP-Darts-Turnier beworben werden.

Berichte für Senioren und Jugend

Aufgrund der Anwesenheit einer Vielzahl von pensionierten Kreisgruppenmitgliedern wurde im Tätigkeitsbericht auch über die am 11. September 2025 stattgefundene Landesseniorenkonferenz berichtet, wo der Vorsitzende der Seniorengruppe wichtige Themen verschriftlichte: die Beihilfe, die Wertschätzung im Ruhestand und die Rente an sich.

Nachfolgend ging es einige Generationen in die Zukunft: Die Landesjugendkonferenz, welche am 25. September 2025 stattfand, befasste sich neben einigen



Vorstandsneuwahlen unter anderem mit den Themen: Bessere Planungssicherheit für HöMS-Absolventen, Kooperation mit Schwimmbädern und Sportstätten, Subventionierung des Deutschlandtickets und Aufbau eines Ausbildungs- und Fortbildungsnetzwerks. Diese und einige andere Themen wird der Landesjugendvorstand, mit Lukas Brauer an der Spitze, mit ins neue Jahr nehmen. Am Ende des Tätigkeitsberichtes stand die Mitgliederentwicklung der Kreisgruppe in den letzten Jahren auf dem Programm. Zum Zeitpunkt der Berichterstattung hatte die Kreisgruppe Wiesbaden 738 Mitglieder und bildet damit eine der größten Kreisgruppen hessenweit.

Berichte aus dem Hauptpersonalrat

Daniel Klimpke referierte über einige aktuelle Themen aus dem Hauptpersonalrat. Insbesondere dem Umstrukturierungsprozess P25 kam eine bedeutende Rolle zu. Die Mitglieder erhielten aber auch Informationen über S25, F25 und ZV25. Zum Abschluss seines Berichts teilte Daniel einen Ausblick ins neue Jahr. Besonders spannend werden die Tarifverhandlungen sein, aber auch das Thema der amtsangemessenen Alimentation wird nicht langweilig werden.

Kasse und Prüfberichte

Der Kassierer Michael Cimniak stellte nach der Mittagspause den ausführlichen Kassenbericht vor. Nach erfolgreicher Verlautbarung des Kassenprüfberichts der Kassenprüferin Nadja Rausch wurde auf Antrag von Sebastian Beer die Kasse einstimmig entlastet.

Im Anschluss wurden zwei neue Kassensprüfer gewählt: Alyssa Prax und Peter Schenzer.

Dank an Gökhan Kaya

Im weiteren Verlauf wurden die anwesenden Mitglieder über unser ausscheidendes Vorstandsmitglied Gökhan Kaya (Stellv. Kassierer) informiert, welcher beabsichtigt, seinen Dienort zu wechseln. Lieber Gök, die gesamte Kreisgruppe Wiesbaden und explizit der Vorstand dankt dir für dein großes gewerkschaftliches Engagement in den letzten Jahren. Hierfür spreche ich dir ein großes Lob aus und wünsche dir für deinen weiteren Weg alles erdenklich Gute.

Nachwahlen im Vorstand

Als Funktionäre neu in den Vorstand wurden Laura Ewald (zuvor Beisitzerin JUNGE Gruppe) als stellvertretende Schriftführerin und Burak Turan (zuvor Vertrauensperson K21/22, K23/24 + ZK20) als stellvertretender Vorsitzender, jeweils einstimmig gewählt. Herzlichen Glückwunsch an dieser Stelle und stets ein gutes Händchen.

Mitgliederehrungen als Highlight

Zum Abschluss dieser Veranstaltung gebührte dem Vorsitzenden die Ehre, anwesende Jubilare feierlich zu ehren und sich herzlich bei ihnen für ihre langjährige Treue zu danken.

Insgesamt waren vier der dieses Jahr 20 zu ehrenden Mitglieder anwesend. Michael Cimniak, selbst Kassierer im Vorstand, konnte feierlich seine Urkunde und ein kleines Präsent zum 25-jährigen Gewerkschaftsjubiläum entgegennehmen. Anton Schardt und Norbert Trösken wurden zu 40 Jahren Mitgliedschaft geehrt.

Als letzter anwesender Jubilar wurde dann noch unter Applaus Andreas Obermahr (ehemals KG PAST Wiesbaden) zu sagenhaften 50 Jahren(!) GdP geehrt.

Nach den gefeierten Jubiläen beendete Stefan Krollmann die diesjährige Jahreshauptversammlung und bedankte sich bei allen Teilnehmenden für die gelungene Sitzung.

Die Kreisgruppe Wiesbaden freut sich bereits jetzt auf die nächste Jahreshauptversammlung. ■

Stefan Krollmann



Michael Cimniak
25 Jahre GdP-Mitglied



Anton Schardt
40 Jahre GdP-Mitglied



Norbert Trösken
40 Jahre GdP-Mitglied



Andreas Obermahr
50 Jahre GdP-Mitglied



Burak Turan
Neuer Stv. Vorsitzender

BERICHTE, BINGO UND BESCHERUNG IN WIESBADEN

TRADITIONELLE WEIHNACHTSFEIER DER SENIOREN IN DER KREISGRUPPE WIESBADEN

Knapp einen Monat nach der Jahreshauptversammlung war endlich die Zeit für die Weihnachtsfeier für Seniorinnen und Senioren der GdP-Kreisgruppe Wiesbaden. Entsprechend wurden alle 159 Pensionärinnen und Pensionäre und Rentnerinnen und Rentner der Kreisgruppe eingeladen. Nach der schönen und angenehmen Veranstaltung aus dem letzten Jahr war der Vorstand als Organisator wieder frohen Mutes auf eine ähnlich schöne Weihnachtsfeier.

Am 4. Dezember war es so weit. 31 Seniorinnen und Senioren der Kreisgruppe, teilweise in Begleitung, trafen überpünktlich um 15 Uhr im schön hergerichteten Bewirtungsraum der Privatkantine an der HöMS ein. Bei Eintreffen der Gäste war die Vorfreude sowohl auf Seiten des veranstaltenden Vorstands, als auch auf Seiten unserer Mitglieder deutlich erkennbar. Alle freuten sich auf interessante Gespräche, lustige Geschichten, frohe Wiedersehen und einen schönen Abend.

Nachdem alte Bekannte begrüßt wurden und Michael Cimniak und Stefan Krollmann die Gäste mit einem kühlen Sekt empfingen, konnte es losgehen. Unser allseits bekannter Rolf Krause eröffnete mit seiner unvergleichbaren Nikolausmütze die Veranstaltung mit einem lautstarken „Ho, Ho, Ho!“ und anschließend selbstgeschriebenem Weihnachtsgedicht.

Stefan Krollmann durfte die Veranstaltung als Kreisgruppenvorsitzender anschließend offiziell eröffnen und die anwesenden Mitglieder begrüßen.

Direkt zu Beginn begrüßte er die als Gastredner eingeladenen Alexander Löhr, Leiter des Abteilungsstabes Einsatz im Polizeipräsidium Westhessen und Jens Mohrherr, GdP-Landesvorsitzender.

Jens machte den Anfang und startete seinen gewerkschaftlichen Bericht. Insbesondere informierte er die anwesenden Mitglieder über aktuelle gewerkschaftliche Themen sowie andauernde Herausforderungen. Themen wie die Großeinsatzlage in Gießen Ende November anlässlich der Neugründung der AfD-Jugendorganisation oder die aktuell geplante Umstrukturierung der hessischen Polizei wurden angesprochen. Auch das Dauerthema der verfassungswidrigen Alimentation fand Platz in der Rede.



Schließlich blickte er noch ins neue Jahr, insbesondere auf die bevorstehenden Tarifverhandlungen in Hessen.

Nach dem interessanten Redebeitrag des Landesvorsitzenden leitete Stefan Krollmann eine „Kaffee und Kuchen“-Pause ein, bevor im Anschluss Kriminaldirektor Alexander Löhr, stellvertretend für die Behördenleitung des Polizeipräsidiums Westhessen, seine Rede hielt.

Nach einer kurzen Vorstellung seiner Person wurden aktuelle Kriminalitätsphänomene und aktuelle Herausforderungen benannt. Die teils bereits seit vielen Jahren pensionierten Mitglieder wurden schließlich auch thematisch abgeholt, indem Ihnen das omnipräsente Thema P25 und S25 nähergebracht wurde.

Interessiert zuhörend stellten die Gäste dem Leiter des Abteilungsstabes hierzu einige Fragen und berichteten über Umstrukturierungen in der Vergangenheit.

Im Anschluss an die beiden Reden bedankte sich der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden bei Alexander Löhr und Jens Mohrherr und Stefan Krollmann übergab beiden ein kleines Präsent.

Bevor es auf der Weihnachtsfeier dann zu dem beliebten Bingo kam, wurde der anwesende Jubilar Egon Fachinger (ehemals KG PAST Wiesbaden) gebührend zu seinem 65(!)-jährigen Gewerkschaftsjubiläum geehrt. Hochachtung dafür!

Schließlich gab es dann das alljährliche Bingo-Spiel, worauf sich, aufgrund der zu gewinnenden Preise, wie immer alle freuten. Es wurden zwei Runden mit jeweils drei Platzierungen gespielt. Viele Kugeln wurden gezogen, bis zum ersten Mal „Bingo!“ gerufen wurde.



Die glücklichen Gewinnerinnen und Gewinner (im Bild unten mitte: v.l.n.r. Manfred Hemes, Frau Kreppel, Frau Schneider, Manfred Präve und Wolfgang Schneider) durften sich unter anderem über einen originalen Dresdner Christstollen, eine bedruckte Edelstahl-tasse der Kreisgruppe Wiesbaden, sowie über Tank- oder Einkaufsgutscheine freuen.

Unterhaltend moderiert wurde das Spiel wie immer durch den Vorsitzenden des Seniorenvorstandes der Bezirksgruppe Westhessen, Michael Messer. Auch dieses Jahr war unsere „Los-Fee“ die pensionierte Marie-Luise Witzenrath. Beiden durfte Stefan Krollmann als Ausdruck der Dankbarkeit und als „Entschädigung“, dass beide nicht mitspielen und ihr Glück versuchen konnten, einen Christstollen überreichen.



Mit einem kleinen Resümee der Weihnachtsfeier und anschließender Abschlussrede des Vorsitzenden wurde die gelungene Weihnachtsfeier beendet.

Zeitgleich verteilten die Mitglieder des anwesenden Kreisgruppenvorstands allen anwesenden Gästen ein kleines Weihnachtspresent, bestehend aus einem leckeren Riesling des Winzers Martin Klein und einem Lindt-Schokoladennikolaus.

Der Vorstand der Kreisgruppe Wiesbaden wünscht allen seinen Mitgliedern frohe Weihnachten und für das kommende Jahr 2026 viel Gesundheit, Glück, Tapferkeit und Erfolg! Bei allen widrigen Umständen, mit denen wir derzeit belastet sind, sollte die Gesundheit immer im Vordergrund stehen. ■

Stefan Krollmann

JAHRESHAUPTVERSAMMLUNG IN DER KG MUDRA

MITGLIEDERVERSAMMLUNG GLEICH ZU BEGINN DES NEUEN JAHRES

Am 22. Januar 2026 fand die diesjährige Jahreshauptversammlung der Kreisgruppe Mudra statt. Gleich zu Beginn des neuen Jahres lud der Vorstand in das Brauhaus in Mainz-Kastel ein. Es erschienen die Vorstandsmitglieder, Jubilare und erfreulicherweise auch einige andere aktive Mitglieder der Kreisgruppe, um Neuigkeiten auszutauschen und interessante Gespräche zu führen.



v.l.: Egbert Host, Alois Kremer, Gregor Bader, Zoran Spicek, Tino Müller



Gregor Bader mit Egbert Host



Gregor Bader mit Zoran Spicek

Bilder: GdP Mudra

Der Vorsitzende Gregor Bader berichtete im Jahresrückblick von den verschiedenen Aktivitäten der Kreisgruppe.

- Bei Einsatzbetreuungen der Einheiten wurde durch Mitglieder der Kreisgruppe vor Ort unterstützt.
- Am Weltfrauentag wurde zusammen mit der Kreisgruppe Präsidium das mittlerweile schon traditionelle Frühstück für unsere Kolleginnen in der Kantine der Direktion Bereitschaftspolizei West organisiert.
- An Ostern und Weihnachten wurden wieder die äußerst beliebten Süßigkeiten-Kisten an die Dienststellen verteilt.

- Im Anschluss wurden durch Gregor Bader wichtige Themen aus der Bezirksgruppe angesprochen.

Unsere Jubilare Zoran Spicek und Egbert Host wurden für 40 Jahre Mitgliedschaft in der GdP geehrt, Alois Kremer durfte die Urkunde zu seinem 60-jährigen Jubiläum entgegennehmen.

Entsprechende Glückwünsche und natürlich ein Weinpräsent konnten unsere Jubilare vor den anwesenden Mitgliedern entgegennehmen.

Und natürlich ließ es sich unser Vertreter der Seniorengruppe, Tino Müller, nicht nehmen, einige persönliche Worte an unsere Jubilare zu richten.

Anekdoten aus der gemeinsamen Dienstzeit durften hierbei nicht fehlen.

Es war spannend und belustigend zugleich, was alles so zutage trat. Die Rückblicke auf viele Geschichten sind ein wichtiger Beitrag zur Geselligkeit.

Nach dem offiziellen Teil saßen die Mitglieder noch in geselliger Runde zusammen und es kam zu interessanten und lebhaften Gesprächen.

Hierbei war die Entwicklung unseres Präsidiums für Einsatz natürlich ein wichtiges Thema. Wir wünschen allen einen guten Start und ein erfolgreiches und gesundes Jahr 2026.

Gregor Bader

GdP-MITGLIEDER KÖNNEN JETZT STEUERN SPAREN

Gewerkschaftsmitglieder, die im Alltag nur wenige beruflich bedingte Ausgaben (also „Werbungskosten“) haben, können ab diesem Jahr zusätzlich Steuern sparen. Ab dem 1. Januar 2026 wirken sich Gewerkschaftsbeiträge steuerermäßigend aus, selbst wenn die jährlichen Werbungskosten den Arbeitnehmer-Pauschbetrag von 1.230 Euro nicht überschreiten. Einzige Voraussetzung: Die Mitglieder müssen eine Steuererklärung abgeben.

Was galt bisher?

Viele Beschäftigte müssen keine Steuererklärung abgeben. Wenn jemand ausschließlich Arbeitslohn bezieht und die Werbungskosten – Arbeitsweg, Arbeitskleidung, Gewerkschaftsbeitrag – unter 1.230 Euro liegen, brauchte man bisher keine Erklärung. Der Arbeitnehmer-Pauschbetrag deckt diese Kosten bereits pauschal ab.

Die Lohnabrechnung berücksichtigt ihn automatisch.

Was hatte der DGB daran kritisiert?

Das bisherige System war nachteilig für Gewerkschaftsmitglieder: Während ein durchschnittlicher Gewerkschaftsbeitrag den Pauschbetrag bereits zur Hälfte aufzehrt – ohne jedoch einen steuerlichen Vorteil zu bringen, hatten Nicht-Mitglieder keinen vergleichbaren finanziellen Aufwand, erhielten aber die gleiche steuerliche Erleichterung. Die DGB-Gewerkschaften kritisierten, dass das System Gewerkschaftsmitglieder gegenüber Unorganisierten benachteiligt.

Was ändert sich und wen betrifft das?

Der Gesetzgeber hat diese Kritik aufgegriffen. Auf Betreiben des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften gilt ab 2026:

Der Arbeitnehmerpauschbetrag deckt alle Werbungskosten **außer** dem Gewerkschaftsbeitrag bis 1.230 Euro ab. Den Beitrag können Mitglieder zusätzlich geltend machen. Wer ohnehin eine Steuererklärung abgibt, muss nichts weiter tun.

Was muss man dafür tun?

Die Mitglieder müssen eine Steuererklärung abgeben – das ist aber nicht kom-

pliziert. Man benötigt nur die Lohnsteuerbescheinigung vom Arbeitgeber und die Beitragsbescheinigung der Gewerkschaft.

Je nach Steuersatz erhalten die meisten Kolleginnen und Kollegen 25 bis 35 Prozent des Gewerkschaftsbeitrages zurück.

Wann kann man die Rückerstattung erhalten?

Die Neuregelung trat zum 1. Januar 2026 in Kraft. Wer jedoch mindestens 50 Euro Gewerkschaftsbeitrag pro Monat zahlt, kann bereits vorher profitieren: Bei steuerlich absetzbaren Kosten von mindestens 600 Euro jährlich können Mitglieder bis zum 30. November einen Antrag auf Lohnsteuerermäßigung beim Finanzamt stellen.

Das Finanzamt übermittelt dem Arbeitgeber den Freibetrag; anstelle einer Rückerstattung im folgenden Jahr, steigt dann der monatliche Nettolohn bzw. das Gehalt entsprechend.

Das Finanzamt teilt dem Arbeitgeber den Grund nicht mit.

Redaktion

DIE KRIMINALPOLIZEI ALS VERLIERER BEI P 25?

FORTSCHRITT SICHTBAR – REFORM BRAUCHT FAIRNESS, FÜHRUNG UND PERSPEKTIVE

Wir begleiten seit Beginn das Projekt sehr eng – mit klarer Haltung, mit Sachverstand und mit Nachdruck dort, wo wir Korrekturbedarf sehen. Wir fordern Transparenz über die tatsächlichen Auswirkungen auf Arbeitsplätze, Zuständigkeiten und Laufbahnperspektiven. Wir stellen sicher, dass Personalräte frühzeitig eingebunden und Entscheidungen nicht über die Köpfe der Betroffenen hinweg getroffen werden. Und wir stehen dafür ein, dass diese Reform nicht zu einem Umbau „von oben“ wird, sondern ein Modernisierungsschritt mit den Beschäftigten.

P25 hat Bewegung in die Organisation gebracht – und ja: Es gibt Fortschritte, die man sehen und anerkennen kann. Gleichzeitig meldet sich aus der Kriminalpolizei ein deutliches Signal zurück:

Viele Kolleginnen und Kollegen erleben den Umbau nicht als Aufbruch, sondern als Verlust an Führung, Planbarkeit und Perspektive. Genau an diesem Punkt setzt die Gewerkschaft der Polizei (GdP) an:

Reformen dürfen nicht nur Strukturen „neu zeichnen“, sie müssen Arbeitsfähigkeit sichern – und Menschen verlässlich mitnehmen.

1. Vereinbarkeit von Familie und Beruf: Wenn dienstliche Lebensläufe „Kollateralschaden“ werden, läuft etwas falsch

Im Zuge von P25 sind Führungspositionen weggefallen, Zuständigkeiten wurden neu zugeschnitten, und es kommt zu Umsetzungen – teilweise verbunden mit anderen Dienstorten.

Das trifft Kolleginnen und Kollegen nicht abstrakt, sondern ganz konkret: Familie, Pendelzeiten, Betreuung, Pflegeverantwortung, private Stabilität. Unser gewerkschaftlicher Anspruch ist deshalb eindeutig:

Persönliche Perspektiven müssen auch in neuer/anderer Funktion weiter gefördert werden – Lebensläufe dürfen nicht dem „Systemwechsel“ zum Opfer fallen.

2. Schaffung neuer Groß-Kommissariate – und die Führungsspanne wächst mit

Ein besonders kritischer Punkt ist die neue Struktur vieler Kripo-Einheiten:

Große Kommissariate mit großen Sachgebieten ersetzen teils deutlich kleinere Organisationseinheiten. Das hat Folgen: mehr Mitarbeitende pro Führungskraft



zum GdP-Video

Bilder: Schubert

bedeuten mehr Koordination, mehr Konflikt- und Personalmanagement, mehr Steuerungsbedarf bei Ermittlungsqualität, Priorisierung und Schnittstellenarbeit und längere Wege, weniger greifbare Führung, mehr Reibungsverluste

Kurz: Wenn Einheiten wachsen, muss Führung mitwachsen. Sonst droht genau das Gegenteil dessen, was P25 erreichen will: weniger Klarheit, weniger Tempo in Entscheidungen, weniger Nähe zur operativen Arbeit.

Führungsspannen müssen realistisch gestaltet werden – mit klaren Team-/Sachgebietsstrukturen, verlässlichen Stellvertretungen und echter Entlastung (auch administrativ).

Und: Die Verantwortung muss sich in der Bewertung der Funktionen widerspiegeln.

3. Wegfall von Führungspositionen: Wettbewerb um Führung muss transparent, fair und nachvollziehbar sein – oder die Akzeptanz bröckelt

Durch wegfallende und neu zugeschnittene Führungsfunktionen entsteht zwangsläufig eine Konkurrenzsituation.

Genau deshalb ist die Besetzung dieser Positionen kein Randthema, sondern ein Vertrauensanker. Wir fordern transparente Kriterien (Kompetenzen, Erfahrung, Beurteilung – und deren Gewichtung) und einheitliche Ausschreibungsverfahren statt „Sonderwege“.

Entscheidungen müssen nachvollziehbar sein und es muss eine umfassende Beteiligung der Personalvertretungen erfolgen. Ebenfalls Wichtig:

Es müssen auch Perspektiven für Nicht-Berücksichtigte (z. B. Fachkarriere / Qualifizierung) aufgezeigt werden.

Das ist nicht „nice to have“, sondern entscheidend: Ohne Fairness in der Besetzung wird aus Reform schnell Frust.

4. Ausbau der Fachkarrieren: Karrierewege sind der Schlüssel

Die Kripo lebt von Expertise. Wenn Führungsstellen weniger werden, muss die Organisation im Gegenzug Fachkarrieren systematisch stärken – sonst entsteht ein gefährlicher Sog:

Gute Leute gehen innerlich auf Abstand oder suchen Perspektiven außerhalb. Deshalb brauchen wir Hebungsprogramme zur Ausgestaltung von Fachkarrieren, Beförderungen in Fachkarrieren bis in A13 ermöglichen, Fachkarrieren strukturell verankern (Stellenansiedlungen, Aufgabenprofile, Entwicklungspfade) und bisher erworbene Führungskompetenzen müssen berücksichtigt werden.

Und das auch, wenn künftig weniger formale Führungsfunktionen vorhanden sein sollten.

5. Stellenbewertung: Führung in der Kripo aufwerten, denn Verantwortung muss sich lohnen

Wer große, komplexe Ermittlungsbereiche führt, trägt Verantwortung für Personal, Qualität, Priorisierung, Schnittstellen und operative Schlagkraft. Das darf sich nicht in „mehr Aufgaben bei weniger Gestaltungsspielraum“ erschöpfen.

Deshalb fordern wir eine höhere Stellenbewertung insbesondere der Funktion Kommissariatsleitung mit Möglichkeiten der Überleitung in den höheren Dienst, einen Ausbau der Leitungs- und Vertretungsstrukturen, so dass Führung in großen Einheiten überhaupt möglich bleibt. Dazu müssen klare A12/A13-Strukturen in Sachgebets- und Vertretungsfunktion-



nen, wo Aufgaben und Führungsspanne das erfordern.

6. Nicht verhandelbar: Standortfragen ernst nehmen und flexible Lösungen statt Pendelzwang

Wenn Umsetzungen Dienstorte verändern, braucht es Schutzplanken. Nicht als Ausnahme, sondern als Regelwerk.

In unseren Forderungen steht deshalb ausdrücklich die Schaffung flexibler Ar-

beitsmöglichkeiten aufgrund möglicher Standort-Fragen.

Wo dienstlich vertretbar, müssen flexible Modelle helfen, Belastungsspitzen abzufedern und Beschäftigte zu halten – statt sie zu verschleiben.

7. Kommunikationsdilemma: Druck raus – Kommunikation rein, denn Reformen brauchen Zeit für Gespräche!

Ein weiterer Punkt, der immer wieder zurückgemeldet wird: Der Umsetzungsdruck ist hoch – und genau das erschwert unweigerlich eine gute Führung in der entscheidenden Phase.

Wenn Entscheidungen „durchgetaktet“ werden, bleibt zu wenig Zeit für persönliche Gespräche, Beteiligungen und Erklärungen. Deshalb fordern wir, Druck rausnehmen, damit Vorgesetzte überhaupt gut kommunizieren können – sonst reißt der Faden. Oder wie es treffend heißt:

„Der Grashalm wächst nicht schneller, wenn daran gezogen wird; aber er reißt irgendwann ab.“

8. Qualifizierung jetzt: Fortbildung und Ausbildung sind unabdingbar

P25 verändert Aufgaben, Rollen, Schnittstellen. Das funktioniert nur, wenn

Qualifizierung nicht „nice to have“ ist, sondern Teil des Projekts. Deshalb brauchen wir mehr Fortbildung für Mitarbeitende – insbesondere in der Übergangszeit, eine transparente Evaluation der Ergebnisse und zeitnahe Nachsteuerung und eine Weiterentwicklung von Ausbildung/Studium, damit Realität und Qualifizierung zusammenpassen.

Blitzlicht: P25 kann eine Erfolgsstory sein – aber nur mit fairer Umsetzung

Die GdP steht für Modernisierung, wenn sie die Arbeitsfähigkeit verbessert und Perspektiven schafft.

Im Bereich der Kriminalpolizei sehen wir jedoch Handlungsbedarf: Führung darf nicht ausgedünnt werden, Führungsspannen müssen realistisch bleiben, Personalmaßnahmen brauchen Fairness und Transparenz – und Fachlichkeit braucht Karrierewege.

Unser Ziel ist nicht Blockade, sondern Qualität: P25 soll eine landesweite Erfolgsstory werden und bleiben – aber dafür müssen die größten Verlierer der Reform sichtbar benannt und geschützt werden.

Peter Vitze

GdP BEGRÜSST DEMOKRATIEPATEN BEIM PP MITTELHESSEN

Die GdP begrüßt ausdrücklich das beim PP Mittelhessen gestartete Pilotprojekt zur Einführung von sogenannten Demokratiepaten. Mit diesem Projekt wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur innerhalb der Polizei geleistet. „Die Demokratie sichert unsere Freiheit. Sie garantiert Teilhabe und Mitbestimmung, schützt vor Ausgrenzung und verteidigt Vielfalt und Gleichberechtigung. Eine demokratische Polizei ist Grundvoraussetzung für Freiheit in unserem Land“, betont der GdP-Landesvorsitzende Mohrherr.

Die Stärkung der Demokratie gehöre zu den vornehmsten Aufgaben der GdP. Beim zurückliegenden Großeinsatz in Gießen anlässlich der Gründung der AfD-Jugendorganisation hat die GdP ein Patch an die Einsatzkräfte verteilt, welches eine klare Botschaft zielt.

Bereits im Jahr 2024 hatte die GdP Bund das Projekt der Polizeiakademie Niedersachsen, „Polizeischutz für die Demokratie“, als vorbildlich bewertet und angekündigt, entsprechende Initiativen in die Länder und Bezirke zu tragen. Dass nun in Hessen ein erstes Pilotmodell umgesetzt wird, ist aus unserer Sicht ein folgerichtiger und konsequenter Schritt.



Vertreter des HPR aus Hessen waren bereits 2024 bei der Polizei Niedersachsen, um sich das Projekt erläutern zu lassen. Innenministerin Behrens nahm sich auch Zeit, um dieses wichtige Anliegen zu verdeutlichen.

Zentraler Kern des Projekts ist die Förderung freiwilliger Demokratiearbeit innerhalb der Polizei. Klarer Auftrag ist der Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung.

Der HPR der Polizei Niedersachsen engagiert sich bereits seit Langem aktiv für eine demokratiestarke Polizeikultur. Das Projekt „Polizeischutz für die Demokratie“ wurde 2023 mit dem Deutschen Personalrätepreis in Gold ausgezeichnet und gilt bundesweit als Best-Practice-Beispiel.

„Demokratie kann nicht verordnet werden. Sie muss erlebt und gelebt werden – auch und gerade innerhalb der Polizei. Demokratie müsse täglich erarbeitet wer-

den und selbst kleinsten antidemokratischen Vorfällen ist mutig und mit klarer Haltung zu begegnen.

Die Demokratiepaten übernehmen dabei eine besondere Rolle. Sie tragen demokratische Werte sichtbar nach außen und setzen zugleich klare Signale nach innen. „Sie stärken die wehrhafte Demokratie, die bei jedem Einzelnen beginnt“.

Antidemokratische Positionen widersprechen dem Selbstverständnis der Polizeibeschäftigten und dem solidarischen Wertefundament, für das die GdP steht.

Als Gewerkschaft mit langer demokratischer Tradition stellt sich die GdP entschieden gegen jede Form von Extremismus.

Ein sichtbarer Ausdruck dessen ist der im Jahr 2021 gefasste AfD-Unvereinbarkeitsbeschluss des GdP-Bundesvorstandes.

Jens Mohrherr

